

INHALT:

GI Aktuell

Seite 80

GI Leitsätze

Seite 82

Steuerberaterhaftung

Seite 83

Verjährung, § 68 StBerG / Verjährungsbeginn /
Zwei Fehler: keine Einspruchsbegründung, keine Klage /
Änderung der Rechtsprechung bezüglich Verjährungs-
beginn bei Prozeßfehler (BGH, GI 1992, 320)
(BGH, Urt. v. 12.2.1998 – IX ZR 190/97)

Steuerberaterhaftung

Seite 86

Verjährung, Beginn der Verjährungsfrist, § 68 StBerG /
Einheitliche Verjährungsfrist, mehr Veranlagungsjahre /
Arglisteinwand / Aussichtsloser Prozeß
(BGH, Urt. v. 18.12.1997 – IX ZR 180/96)

Berufungsbegründungsfrist

Seite 93

Unwirksamer Verlängerungsantrag / Mündliche Verfügung
des Vorsitzenden des Senats / Sofortige Beschwerde,
§ 519b Abs. 2 ZPO, neue Beweise
(BGH, Beschl. v. 22.10.1997 – VIII ZB 33/97)

Steuerberaterhaftung

Seite 95

Entwurf eines Mietvertrages / Pflichtverletzung /
Drittvergleich
(OLG Hamm, Urt. v. 6.11.1996 – 25 U 47/96)

Parteiverrat, § 356 StGB

Seite 97

des Rechtsanwalts / im Beitreibungsverfahren
(OLG Karlsruhe, Beschl. v. 11.4.1997
– 2 Ss 259/96, wistra 1997, 315)

Veräußerung einer Steuerberaterpraxis

Seite 99

Bemessung des Jahresumsatzes / Halbfertige Arbeiten /
Geschäftsanteil der DATEV
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 24.4.1997 – 13 U 65/96)

GI Aktuell: OFD-Checkliste

Seite 101

Haftung des Konkursverwalters für Umsatzsteuern bei
der Verwertung von Gegenständen aus der Konkursmasse

GI Hinweis

Seite 102



GI Aktuell

BVerfG: Nicht nur Rechts- oder Patentanwälte dürfen Fälligkeit und Zahlung von Patentgebühren überwachen

Der Erste Senat des BVerfG hat im Zusammenhang mit der Überwachung von Patentgebühren durch eine GmbH ein Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) wegen Verstoßes gegen die Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG) – teilweise – aufgehoben. Durch dieses Urteil waren der GmbH und ihrer Geschäftsführerin rechtskräftig verboten worden, weiterhin geschäftsmäßig die Fälligkeit und Einzahlung von Patentgebühren zu überwachen.

I. Die Verfassungsbeschwerde (Vb) betraf die Frage, ob Dienste, die im wesentlichen in der Überwachung der Fälligkeit und der Einzahlung von Patentgebühren bestehen, auch von Personen geleistet werden dürfen, die nicht als Patent- oder Rechtsanwälte zugelassen sind.

1. Patentinhaber müssen jährlich sogenannte Aufrechterhaltungsgebühren entrichten. Die damit verbundenen Überwachungs- und Verwaltungsaufgaben sind Gegenstand spezialisierter Dienstleistungsunternehmen geworden, die in Konkurrenz zu den herkömmlich hiermit befaßten Anwälten treten. Aber auch ein Teil der Patentanwälte selbst hat diese Dienstleistung auf eine von ihm gegründete Genossenschaft (PAVIS) ausgelagert. Eine solche patentberatende Tätigkeit durch Dritte („Nicht-Anwälte“) ist jedoch nur zulässig, wenn es sich hierbei nicht um eine „Rechtsbesorgung“ nach dem Rechtsberatungsgesetz (RBerG) handelt. Denn eine solche „Rechtsbesorgung“ ist nach diesem Gesetz allein Patent- und Rechtsanwälten vorbehalten.

2. Beschwerdeführer (Bf) sind eine privatrechtliche Gesellschaft (GmbH) sowie deren Geschäftsführerin. Ihre Dienstleistungen bestehen in Überwachungs- und Verwaltungsaufgaben hinsichtlich der Aufrechterhaltungsgebühren von Patenten. Durch ihre EDV-gestützte Arbeit erinnern sie ihre Kunden an fällig werdende Patentgebühren und übernehmen auftragsgemäß deren rechtzeitige Einzahlung.

Hierin sah ein Patentanwalt einen Verstoß gegen das RBerG und verklagte die Bf. In letzter Instanz verbot der BGH den Bf diese Tätigkeit. Sie stehe als geschäftsmäßige Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten nur Anwälten zu und sei für Dritte nicht erlaubnisfähig. In dem Verbot liege kein Verstoß gegen das Grundrecht auf Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG). Es sei nicht unangemessen, daß die gesamte der Aufrechterhaltung gewerblicher Schutzrechte dienende Tätigkeit den Patentanwälten vorbehalten bleibe, solange eine gesetzliche Regelung des Berufsbildes fehle.

Hiergegen wendeten sich die Bf mit ihrer Vb. Sie rügten insbesondere eine Verletzung von Art. 12 Abs. 1 GG.

II. Der Erste Senat hat den Bf Recht gegeben. Auslegung und Anwendung des Rechts im angegriffenen Urteil verletzen die Bf in ihren Grundrechten auf Berufsfreiheit. **Zur Begründung heißt es u.a.:**

1. Das Verbot des von den Bf ausgeübten – neuartigen – Berufs bedeutet einen Eingriff in die durch Art. 12 Abs. 1 GG geschützte Berufswahl. Derartige Eingriffe bedürfen einer gesetzlichen Grundlage und sind nur zum Schutz eines besonders wichtigen Gemeinschaftsguts und unter strikter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit statthaft.

Das **RBerG** und das **Patentanwaltsgesetz**, die die Rechtsberatung auf dem Gebiet des Patentwesens grundsätzlich Rechtsanwälten und Patentanwälten zuweisen, genügen diesen Anforderungen. Der Vorbehalt ist durch ausreichende Gründe des Gemeinwohls gerechtfertigt. Gerade die umfassende Rechtsberatung auf dem Gebiet des Patentrechts ist eine schwierige und erhebliche Sachkunde erfordernde Tätigkeit, die eine qualifizierte und umfassende Ausbildung erfordert.

2. Allerdings halten im vorliegenden Fall **Auslegung und Anwendung** dieser Normen durch den BGH verfassungsrechtlichen Anforderungen nicht stand. Das angegriffene Urteil wird der Bedeutung des Grundrechts der Berufsfreiheit nicht ausreichend gerecht.

a) Der BGH hat zum einen die **Merkmale des tatsächlich ausgeübten Berufs** der Bf nicht hinreichend berücksichtigt. Ihre Dienstleistungen bestehen in der **Überwachung des Fristablaufs** und der **Gebühreneinzahlung**. Dies sind **einfache kaufmännische Tätigkeiten, die keine substantielle Rechtsberatung darstellen**. Zu einer solchen werden sie auch nicht dadurch, daß Zahlung oder Nichtzahlung – unvermeidlich – rechtliche Folgen haben. Auch wenn durch eine fristgerechte Zahlung Rechtsnachteile für den Auftraggeber vermieden werden sollen, liegt in der auftragsgemäßen Ausführung des Auftrags weder Beratung noch rechtliche Vertretung gegenüber Dritten.

b) Zum anderen rechtfertigen auch die das **RBerG** tragenden Gemeinwohlbelange (s.o.) nicht die Einbeziehung der Patentgebührenüberwachung in den **Anwaltsvorbehalt**. Das vorliegende Verfahren hat keine Erkenntnisse darüber gebracht, daß durch den Einsatz von Servicebüros den Patentinhabern erhebliche Nachteile drohen könnten oder ein gesteigertes Risiko im

Hinblick auf die rechtzeitige Einzahlung der Gebühren bestünde. Zu den Gemeinwohlbelangen im Zusammenhang mit einer ordnungsgemäßen Rechtspflege zählt zwar auch der Erhalt einer leistungsfähigen Berufsgruppe. Er vermag das Verbot aber nicht zu rechtfertigen. **Eine fühlbare Beeinträchtigung der für eine ordnungsgemäße Rechtspflege benötigten Anwaltschaft durch die Servicegesellschaften ist nicht zu besorgen.**

c) Angesichts der tatsächlichen Ausgestaltung der von den Bf angebotenen Dienstleistung und der hiervon berührten Gemeinwohlbelange ist das Betätigungsverbot unverhältnismäßig. Ein Eingriff in die **Berufswahl** berührt den Einzelnen in besonders empfindlicher Weise. Deshalb sind an den Nachweis der Notwendigkeit einer solchen Freiheitsbeschränkung besonders strenge Anforderungen zu stellen.

Entwickeln sich Spezialberufe, die auf kleine und einfach zu beherrschende Ausschnitte anderer Tätigkeiten mit festgelegten Berufsbild beschränkt sind, so ist deren Verbot nur erforderlich, wenn dieses der Abwehr schwerer Gefahren für ein überragend wichtiges Gemeinschaftsgut dient. Insoweit ist zu berücksichtigen, daß Spezialisten, die gerade nicht den „Vollberuf“ ausüben, Gemeinwohlbelange des Gesamtberufsbildes in aller Regel nur in Ausschnitten gefährden. Daß es sich bei der von den Bf angebotenen Serviceleistung um einen solchen Spezialberuf mit eigenem und abgrenzbaren Aufgabenbereich und eigenem Gepräge handelt, ergibt sich nicht zuletzt daraus, daß solche Dienstleistungen innerhalb der **Europäischen Union** erlaubtermaßen angeboten und auch in Anspruch genommen werden. Aufgaben, die die Anwaltschaft in eigener Entscheidung „Nicht-Juristen“ überläßt, haben jedoch nicht ein solches Gewicht, daß für sie die volle (juristische) Kompetenz erforderlich ist. Wenn aber Anleitung und Lenkung von Hilfskräften zur Aufgabenerfüllung ausreichend sind, erscheinen mildere Mittel als der **Eingriff in die Berufswahl** möglich, um den im Interesse des Gemeinwohls gebotenen Standard zu erhalten.

Entgegen der Auffassung des BGH steht dem auch nicht entgegen, daß für die Spezialisierung noch kein hergebrachtes und vom Gesetzgeber geregeltes Berufsbild besteht. Hiervon hängt die Anerkennung eines Berufs nicht ab. Ein solches Berufsbild könnte allenfalls von Bedeutung sein, wenn ohne Ausbildungsprofil und ohne spezielle Haftungs Vorschriften eine Gefährdung der Kundeninteressen oder der Rechtspflege zu besorgen wäre. Beides ist nicht ersichtlich.

(Pressemitteilung d. BVerfG v. 6.3.1998 zum Beschluß v. 29.10.1997 – Az. 1 BvR 780/97)

BFH: Begrenzung des Werbungskostenabzugs wegen doppelter Haushaltsführung auf zwei Jahre verfassungsgemäß, ebenso Nichtberücksichtigung von Kinderbetreuungskosten beidseits erwerbstätiger Ehegatten

Der VI. Senat des Bundesfinanzhofs (BFH) hat mit Urteil vom 5.12.1997 – VI R 94/96 entschieden, daß die zum 1. Januar 1996 in Kraft getretene **zeitliche Begrenzung auf höchstens zwei Jahre** für den Abzug von notwendigen Mehraufwendungen, die dem Arbeitnehmer wegen einer – auch schon vor dem 1. Januar 1996 – aus beruflichem Anlaß begründeten doppelten Haushaltsführung entstehen, verfassungsgemäß ist. Insbesondere verstößt die Neuregelung nicht gegen das aus dem Gleichheitsgrundsatz (Art. 3 Abs. 1 des Grundgesetzes – GG) abgeleitete Prinzip der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, weil die Begrenzung des Werbungskostenabzugs auf zwei Jahre unter Einbeziehung sog. Altfälle wegen des Mischcharakters der Mehraufwendungen für Unterkunft und Verpflegung am Beschäftigungsort sachlich gerechtfertigt ist. Denn die Aufwendungen berühren sowohl die berufliche als auch die private Sphäre des Steuerpflichtigen.

Da **Familienheimfahrten** auch nach Ablauf der Zwei-Jahres-Frist als Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte (§ 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 4 EStG) abziehbar bleiben, werden Steuerpflichtige, die aus beruflichem Anlaß einen zweiten Haushalt führen, nicht gegenüber sog. Berufspendlern sachwidrig benachteiligt. Auch eine verfassungswidrige Beeinträchtigung ihrer Grundrechte aus Art. 6 Abs. 1 (Schutz von Ehe und Familie) und Art. 12 Abs. 1 GG (Berufsfreiheit) sowie eine Verletzung schutzwürdigen Vertrauens in den Fortbestand der bisherigen Rechtslage hat der BFH unter Hinweis auf die grundsätzliche Zulässigkeit der unechten Rückwirkung verneint.

Im Urteilsfall, in dem **beide Eheleute berufstätig** waren, war außerdem die Abziehbarkeit von Aufwendungen streitig, die dem Kläger und seiner Ehefrau wegen der **Fremdbetreuung ihres minderjährigen Sohnes** entstanden waren. Hierzu hat der VI. Senat die Auffassung vertreten, daß weder die Berufsfreiheit noch die Grundrechte aus Art. 3 Abs. 1 und 6 Abs. 1 GG verletzt werden, wenn beidseits erwerbstätige Ehegatten mit (nur) einem Kind – anders als Alleinstehende – ihren Kinderbetreuungsaufwand steuerlich nicht absetzen können. Zur Begründung hat der Senat auf die besondere Situation alleinerziehender Steuerpflichtiger hingewiesen, die in der Regel aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen sind, einer Berufstätigkeit nachzugehen.

(Pressemitteilung d. BFH v. 26.2.1998, Nr. 8)

GI Aktuell

BFH: Steuerliche Berücksichtigung von Bewirtungskosten auch bei Journalisten nicht ohne konkrete Angaben der Teilnehmer und des Anlasses der Bewirtung

Mit Urteil vom 15.1.1988 – IV R 81/96 hat der IV. Senat des Bundesfinanzhofs (BFH) zum Umfang der **Nachweispflicht** für die steuerliche Berücksichtigung von **Bewirtungskosten** entschieden, daß sich auch ein Journalist konkrete Angaben zu den Teilnehmern und dem Anlaß einer Bewirtung nicht unter Hinweis auf das Pressegeheimnis (Art. 5 Abs. 1 Satz 2 Grundgesetz – GG) und sein Auskunftsverweigerungsrecht (§ 102 Abs. 1 Nr. 4 Abgabenordnung – AO 1977) entziehen kann. Das Finanzamt kann von einem angestellten und nebenbei freiberuflich tätigen Journalisten konkrete Angaben fordern, die vor allem den Anlaß der Bewirtung (das Rechercheprojekt) erkennen lassen und damit zugleich den Zusammenhang der Ausgaben mit einer der in Rede stehenden Einkunftsarten offenbaren. Allgemeine Angaben, wie Arbeitsgespräch oder Infogespräch, reichen dazu nicht aus; auch der Bezeichnung „**Hintergrundgespräch**“ fehlt es an einer entsprechenden Konkretisierung.

Das Grundrecht der **Pressefreiheit** (Art. 5 Abs. 1 Satz 2, 1. Alt. GG) umfaßt zwar auch den gesamten Prozeß der Informationsermittlung durch die Presse, steht jedoch unter dem Vorbehalt der allgemeinen Gesetze (Art. 5 Abs. 2 GG). Ein solches allgemeines Gesetz ist auch das Einkommensteuergesetz (EStG) und insbesondere die Abzugsbeschränkung des § 4 Abs. 5 Nr. 2 EStG, der eine steuerliche Berücksichtigung von Bewirtungskosten verbietet, wenn nicht Teilnehmer und Anlaß der Bewirtung angegeben werden. Denn dieses Abzugsverbot zielt nicht speziell auf die Pressefreiheit ab. Tragender Zweck des Abzugsverbots ist vielmehr der Schutz des von der Rechtsordnung anerkannten Gutes der Besteuerungsgleichheit und des Rechtsstaatsprinzips (s. Urt. d. BVerfG v. 17.7.1984 – 2 BvE 11/83, BVerfGE 67, 100, 140). Bei der danach gebotenen Güterabwägung zwischen Pressefreiheit (als Informationsermittlungsfreiheit) und **Gesetzmäßigkeit der Besteuerung** ist auch der Schutz des Presseangehörigen und seiner Informanten durch das mit empfindlicher Strafe bewehrte Steuergeheimnis (§ 30 AO 1977) § 355 Strafgesetzbuch – StGB) zu berücksichtigen. Danach kommt den im Rechtsstaatsprinzip und im Gleichbehandlungsgebot verankerten öffentlichen Interessen an der vollständigen Erfassung der Steuerquellen und der Sicherstellung einer gesetzmäßigen, insbesondere gleichmäßigen Besteuerung, die über das nur fiskalische Interesse an der Sicherung des Steueraufkommens hinausgehen, Vorrang vor dem Pressegeheimnis und dem daraus abzuleitenden Informantenschutz zu.

Der Entscheidung des BFH lag ein Fall zugrunde, in dem ein angestellter und nebenbei freiberuflich tätiger Journalist die steuerliche Berücksichtigung von Bewirtungskosten bei seinen freiberuflichen Einkünften gefordert und dabei nur die Bewirteten mit Nachnamen und als Bewirtungsanlaß entweder „**Arbeits-, Hintergrund- oder Infogespräch**“ angegeben hatte. Der BFH ließ den Abzug dieser Aufwendungen entgegen der vorausgegangenen Entscheidung des Finanzgerichts nicht zu.

(Pressemitteilung d. BFH v. 5.3.1998, Nr. 9)

GI Leitsätze

Wiedereinsetzung / Fristversäumnis bei Telefax-Übermittlung / Darlegungslast

1. Zu den Mindestanforderungen, die nach § 56 Abs. 2 Satz 2 FGO an die Begründungspflicht zu stellen sind, gehört eine exakte Beschreibung des Hindernisses, das der Fristwahrung entgegenstand (§ 56 Abs. 1 FGO) und dessen Wegfall die 2-Wochen-Frist des § 56 Abs. 2 Satz 1 FGO in Gang setzt.

2. Dies erfordert für den Fall, daß die Fristversäumnis auf Fehler bei der Fax-Übermittlung zurückgeführt wird, eine detaillierte Schilderung des Absendevorgangs (einschließlich der hierfür in einem Beraterbüro getroffenen organisatorischen Vorkehrungen). Allenfalls die Glaubhaftmachung kann nachgeholt werden. (BFH, Beschl. v. 12.2.1997 – X B 297/97, BFH/NV 1997, 592)

Rechtsschutzversicherung / Ausschlussklausel § 4 Abs. 1 Buchst. D ARB 1975, Arbeitsrechtsschutz für Vorstand

1. Der Risikoausschluss für die Wahrnehmung rechtlicher Interessen aus Anstellungsverträgen gesetzlicher Vertreter juristischer Personen setzt nicht voraus, daß der gesetzliche Vertreter Einzelvertretungsvollmacht hat und die von ihm vertretene juristische Person Partner des Anstellungsvertrags ist.

2. Der Antrag des Revisionsklägers auf Bewilligung von Prozeßkostenhilfe zur Durchführung einer nach ZPO § 546 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 zugelassenen Revision darf mangels hinreichender Erfolgsaussicht abgelehnt werden, wenn die entscheidungserheblichen Rechtsfragen in Rechtsprechung und Literatur nicht umstritten und auch nicht schwierig sind. (BGH, Urt. v. 10.12.1997 – VI ZR 238/97)

Steuerberaterhaftung

- Verjährung, § 68 StBerG
- Verjährungsbeginn
- Zwei Fehler:
 - keine Einspruchsbegründung, keine Klage
- Änderung der Rechtsprechung bezüglich Verjährungsbeginn bei Prozeßfehlern (BGH, GI 1992, 320)

(BGH, Urt. v. 12.2.1998 - IX ZR 190/97)

Leitsatz:

Begründet ein steuerlicher Berater weder einen Einspruch gegen einen belastenden Steuerbescheid, der nicht auf einer Pflichtverletzung des Beraters beruht, noch eine nachfolgende Anfechtungsklage, so beginnt die Verjährung eines vertraglichen Schadenersatzanspruchs des Mandanten wegen des Steuernachteils mit der Bekanntgabe der Einspruchsentscheidung.

Zum Sachverhalt:

Die klagenden Patentanwälte verlangen vom beklagten Steuerberater Ersatz überhöhter Umsatzsteuerzahlung. Die Kläger wollten ab 1983 die Umsatzsteuer nicht mehr nach vereinnahmen, sondern nach vereinnahmten Entgelten berechnen (vgl. §§ 16, 20 UStG). Im Rahmen einer Außenprüfung 1986 wurde diese Steuerberechnung auf das Jahr 1984 verschoben. Infolgedessen ergingen am 25.3.1987 geänderte Umsatzsteuerbescheide. Darin wurden Entgelte, die bereits 1983 versteuert worden waren, nochmals erfaßt.

Im Auftrag der Kläger legte der Beklagte rechtzeitig Einspruch gegen die geänderten Umsatzsteuerbescheide für 1983 bis 1985 ein. Das Finanzamt forderte den Beklagten vergeblich auf, die Besteuerung nach vereinnahmten Entgelten ab 1984 schlüssig darzulegen und einen Antrag nach § 20 UStG zu stellen. Durch „Einspruchsentscheidung“ vom 1.8.1988, dem Beklagten zugegangen am folgenden Tage, wurde der Einspruch zurückgewiesen, weil nicht nachgewiesen worden sei, daß Umsätze ab 1984 nach vereinnahmten Entgelten besteuert und doppelt erfaßt worden seien.

Aufgrund einer „Prozeßvollmacht“ vom 5.8.1988 erhob der Beklagte im Namen der Kläger rechtzeitig Anfechtungsklage, ohne diese zu begründen. Gerichtlichen Aufforderungen, dies nachzuholen, kam der Beklagte nicht nach. Durch Gerichtsbescheid vom 14.7.1993 wurde die Klage

als unzulässig abgewiesen, weil der Gegenstand des Klagebegehrens nicht bezeichnet worden sei.

Auf den am 5.8.1994 eingegangenen Antrag der Kläger ist am 9.8.1994 ein Mahnbescheid über die Klageforderung erlassen und dem Beklagten am 12.8.1994 zugestellt worden. Der Klage auf Ersatz doppelt entrichteter Umsatzsteuer von 39.696,73 DM und festgesetzter Aussetzungszinsen von 15.246 DM haben die Vorinstanzen stattgegeben. Mit der – zugelassenen – Revision verfolgt der Beklagte die Abweisung der Klage.

Aus den Gründen:

Die Revision ist begründet. Der Klageanspruch ist gemäß der Einrede des Beklagten verjährt (§ 68 StBerG).

I. Das Berufungsgericht hat für seine gegen-
teilige Ansicht ausgeführt: Die Verjährung habe nicht schon mit Bekanntgabe der nachteiligen Umsatzsteuerbescheide vom 25.3.1987 begonnen, weil sich der Beklagte erst später vertragswidrig verhalten habe. Durch seine Pflichtverletzung im Einspruchsverfahren sei das Vermögen der Kläger mit Zugang der Einspruchsentscheidung am 2.8.1988 verschlechtert worden.

Ein daraus folgender Schadenersatzanspruch sei zwar mit Ablauf des 2.8.1994 verjährt. Der Beklagte habe aber im Finanzgerichtsverfahren eine weitere, eigenständige Pflichtverletzung begangen, weil er die Anfechtungsklage nicht begründet habe. Deswegen habe frühestens mit Zustellung des Gerichtsbescheids vom 14.7.1993 eine neue Verjährung begonnen, die durch Zustellung des Mahnbescheids im August 1994 unterbrochen worden sei.

II. Diese Erwägungen halten einer rechtlichen Nachprüfung nicht stand.

Ein vertraglicher Schadenersatzanspruch der Kläger gegen den Beklagten ist spätestens sechs Jahre nach Zugang der „Einspruchsentscheidung“ am 2.8.1988 verjährt (§ 68 StBerG), so daß die Einleitung des Mahnverfahrens am 5.8.1994 (Freitag) die Verjährung nicht mehr unterbrechen konnte (§§ 209 Abs. 2 Nr. 1 BGB, 693 Abs. 2 ZPO).

1. Hat ein Steuerberater steuerliche Nachteile seines Auftraggebers verschuldet, so beginnt

die Verjährung eines vertraglichen Ersatzanspruchs regelmäßig mit der Bekanntgabe des belastenden Steuerbescheids. In diesem Zeitpunkt ist grundsätzlich ein Schaden infolge eines Beratungsfehlers und damit ein Ersatzanspruch des Mandanten entstanden (§ 198 BGB), so daß die dreijährige Verjährungsfrist des § 68 StBerG in Lauf gesetzt wird. Die Bestandskraft oder Unanfechtbarkeit des Bescheids ist dafür nicht erforderlich. In solchen Schadensfällen hindert ein Einspruch gegen den Steuerbescheid oder dessen Anfechtung vor den Finanzgerichten die Verjährung eines Regreßanspruchs gegen den Steuerberater nicht (BGHZ 129, 386, 388 ff = Gl 1995, 169; BGH, Urt. v. 29.1.1996 - IX ZR 180/95, WM 1996, 1106, 1107 = Gl 1996, 125).

Nach tatrichterlicher Feststellung, die von der Revision nicht angegriffen wird, hat der Beklagte nicht pflichtwidrig die nachteiligen Steuerbescheide vom 25.3.1987 herbeigeführt. Ein Anspruch auf Ersatz eines Schadens, der auf einer Pflichtverletzung des steuerlichen Beraters nach Erlaß eines belastenden Steuerbescheids beruht, verjährt nach § 68 StBerG erst ab Entstehung dieses Schadens und des damit ausgelösten Ersatzanspruchs, **nicht aber bereits seit Bekanntgabe des Steuerbescheids, der durch eine solche spätere Pflichtverletzung noch nicht berührt wurde** (BGH, Urt. v. 20.6.1996 - IX ZR 100/95, WM 1996, 2066, 2067 f = Gl 1996, 301).

2. Hat der Steuerberater - wie im vorliegenden Falle - einen Einspruch gegen einen Steuerbescheid (§ 348 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 AO) pflichtwidrig nicht begründet, so beginnt die Verjährung **mit Bekanntgabe der - negativen - Einspruchsentscheidung.** Wird diese - wie hier - gemäß § 122 Abs. 1 Satz 2 AO gegenüber einem Bevollmächtigten bekanntgegeben, so wird sie damit auch gegenüber dem Steuerpflichtigen wirksam (§ 124 Abs. 1 Satz 1 AO). **Danach kommt es entgegen der Ansicht der Revisionserwiderung nicht darauf an, wann dieser selbst den Bescheid erhalten hat.** Nach § 68 StBerG hängt der Verjährungsbeginn auch nicht davon ab, wann der Auftraggeber von seinem Schaden erfahren hat.

Die negative Einspruchsentscheidung hat die Vermögenslage der Kläger verschlechtert. In diesem Bescheid hat sich der Schaden niedergeschlagen, der dadurch eingetreten ist, daß der beklagte Steuerberater pflichtwidrig die Möglichkeit versäumt hat, den - durch die Be-

scheide von März 1987 entstandenen - Steuernachteil durch einen ordnungsmäßigen Einspruch zu beseitigen. **Die Einspruchsentscheidung hat das Rechtsbehelfsverfahren zu Ungunsten der Kläger abgeschlossen,** so daß der Steuernachteil nur noch im Klagewege behoben werden konnte. Deswegen ist mit der Bekanntgabe der Einspruchsentscheidung ein Anspruch des Mandanten auf Ersatz des Schadens entstanden, der sich aus diesem negativen, auf der Pflichtverletzung des Steuerberaters beruhenden Bescheid ergibt; in diesem Zeitpunkt hat die Verjährung des Anspruchs nach § 68 StBerG begonnen. Daran hat die anschließende Anfechtungsklage nichts geändert (vgl. BGH, Urt. v. 20.6.1996, a.a.O., 2068).

Demgegenüber macht die Revisionserwiderung erfolglos geltend, ein Nachteil der Kläger infolge des pflichtwidrigen Verhaltens des Beklagten im Einspruchsverfahren hätte noch durch **fehlerfreie Führung des Finanzgerichtsprozesses beseitigt werden können,** und beruft sich dazu auf das Senatsurteil vom 9.7.1992 (IX ZR 50/91, WM 1992, 2023 = Gl 1992, 320). Darin hat der Senat für den Fall, daß **fehlerhaftes Prozeßverhalten eines Rechtsanwalts zu einer für den Mandanten nachteiligen Gerichtsentscheidung führt,** ausgesprochen, daß ein Schaden regelmäßig nicht eingetreten und damit ein Ersatzanspruch im Sinne des § 51 BRAO a.F. nicht entstanden sei, solange eine Änderung der Entscheidung in einem weiteren Rechtszug zugunsten des Mandanten nicht auszuschließen sei.

Daran hält der Senat jedoch nach erneuter Überprüfung nicht fest. Vielmehr verschlechtert sich die Vermögenslage des Auftraggebers in der Regel bereits mit der ersten nachteiligen Gerichtsentscheidung infolge anwaltlichen Fehlverhaltens. Dafür ist eine Unsicherheit, ob der Schaden bestehenbleibt und endgültig wird, unerheblich (BGHZ 119, 69, 71 = Gl 1992, 311; 129, 386, 390 = Gl 1995, 169).

Danach hat das Berufungsgericht zu Recht angenommen, daß die Verjährungsfrist für einen Schadenersatzanspruch der Kläger wegen der Pflichtverletzung des Beklagten im Einspruchsverfahren mit Zugang der Einspruchsentscheidung am 2.8.1988 in Lauf gesetzt worden ist. Selbst wenn sich die Primärverjährungsfrist von drei Jahren aufgrund einer Sekundärhaftung des Beklagten (vgl. dazu BGHZ 129, 386, 391 ff m.w.N. = Gl 1995, 169) um weitere drei Jahre verlängert haben sollte, so war die Verjährung vollendet, bevor der Klageanspruch anhängig

geworden ist. Verjährt ist auch der Anspruch auf Ersatz der – im Oktober 1993 festgesetzten – Aussetzungszinsen. **Der aus einem bestimmten Ereignis erwachsene Schaden erstreckt sich auf alle adäquat verursachten, voraussehbaren Nachteile; dazu gehören auch Aussetzungszinsen gemäß § 237 AO (BGH, Urt. v. 29.2.1996, a.a.O., 1107).**

3. Die Revision wendet sich zu Recht gegen die Ansicht des Berufungsgerichts, die nachfolgende Pflichtverletzung des Beklagten im Finanzgerichtsverfahren habe eine neue rechtzeitig unterbrochene Verjährung ausgelöst.

In diesem Zusammenhang hat das Berufungsgericht die Revision zugelassen wegen der Frage, wann die Verjährung eines Regreßanspruchs nach § 68 StBerG beginnt, wenn der Steuerberater seine Vertragspflicht sowohl im Einspruchsverfahren als auch im nachfolgenden Finanzgerichtsprozeß verletzt hat. Die Antwort hat von folgenden Grundsätzen auszugehen:

Da der Schaden aus einem bestimmten Verhalten des Schädigers als ein einheitliches Ganzes aufzufassen ist, läuft eine einheitliche Verjährungsfrist für den Anspruch auf Ersatz dieses Schadens einschließlich aller weiteren adäquat verursachten, zurechen- und voraussehbaren Nachteile, sobald irgendein (Teil-)Schaden entstanden ist (BGHZ 50, 21, 23 f; 100, 228, 234 f; 114, 150, 153 = GI 1991, 171; BGH, Urt. v. 29.2.1996, a.a.O., 1107; v. 18.12.1997 – IX ZR 180/96, GI 1998, 86).

Haben sich dagegen mehrere selbständige Handlungen des Schädigers ausgewirkt, so beginnt regelmäßig mit der Entstehung des durch die jeweiligen Handlungen verursachten Schadens und des damit ausgelösten Ersatzanspruchs dessen Verjährung (BGH, Urt. v. 15.10.1992 – IX ZR 43/92, NJW 1993, 648, 650 = GI 1993, 117). Dieser Fall liegt nicht vor, wenn ein bereits entstandener Nachteil pflichtwidrig nicht beseitigt und dadurch vertieft wird.

a) Zwar hat das Berufungsgericht mit Recht angenommen, daß sich der Beklagte im Finanzgerichtsverfahren einer weiteren, eigenständigen Pflichtverletzung schuldig gemacht hat, weil er die Anfechtungsklage nicht begründet hat. Dadurch ist aber derjenige (**Steuer-) Schaden, den die Klägerin bereits durch die Pflichtverletzung des Beklagten im Einspruchsverfahren erlitten hatte, nur verfestigt, nicht aber – anders als ein nicht geltend gemachter**

Prozeßkostenschaden (vgl. BGH, Urt. v. 18.12.1997 – IX ZR 180/96, GI 1998, 86) – neu begründet worden.

Die Pflichtverletzung im Finanzgerichtsprozeß hat die schadenursächliche Pflichtverletzung im Einspruchsverfahren nicht gleichsam aufgehoben mit der Folge, daß die seit Zugang der Einspruchsentscheidung laufende und inzwischen verstrichene Verjährungsfrist durch eine neue Verjährungsfrist ersetzt wurde. Danach gehört der Steuernachteil infolge der Abweisung der Anfechtungsklage zu dem Schaden der Kläger, den der Beklagte im Einspruchsverfahren pflichtwidrig nicht beseitigt hat.

Entgegen der Ansicht der Revisionserwiderung war die (weitere) Vermögensverschlechterung infolge der fehlerhaften Prozeßführung bei der gebotenen wertenden Betrachtung **ein adäquater Folgenachteil der Pflichtverletzung im Einspruchsverfahren. Es lag nicht außerhalb aller Wahrscheinlichkeit, daß dem Fehlverhalten im Einspruchsverfahren ein weiteres im Finanzgerichtsprozeß folgte.** Die von der Revisionserwiderung betonte „unglaubliche Nachlässigkeit“ des Beklagten legte vielmehr eine solche Gefahr nahe.

b) Nur diese Wertung entspricht dem Sinn und Zweck des § 68 StBerG. Insoweit gelten die Erwägungen in den Senatsurteilen vom 11.5.1995 (IX ZR 140/94, BGHZ 129, 386, 390 = GI 1995, 169), vom 29.2.1996 (a.a.O., 1107) und vom 20.6.1996 (a.a.O., 2068) entsprechend. **Dem Mandanten gibt eine negative Einspruchsentscheidung – ebenso wie der vorangegangene Steuerbescheid – in der Regel Anlaß zur Prüfung, ob der damit verbundene Nachteil auf einem Fehler des Beraters beruht.** Dementsprechend beginnt die Verjährung eines vertraglichen Anspruchs auf Ersatz eines bestimmten Schadens mit der Bekanntmachung des Bescheids, in dem sich eine schadenursächliche Pflichtverletzung des Beraters erstmals niedergeschlagen hat.

Für die verjährungsunterbrechende Geltendmachung eines Regreßanspruchs – etwa im Wege einer Feststellungsklage – braucht der Auftraggeber nicht abzuwarten, ob sein bereits eingetretener Schaden in einem anschließenden Rechtsstreit bestehenbleibt oder dort durch eine weitere Pflichtverletzung seines Beraters vergrößert wird. Die für den Geschädigten überaus strenge Verjährungsbestimmung des § 68 StBerG wird durch die sog. Sekundärhaf-

tung des Steuerberaters gemildert (BGHZ 83, 17 = Gl 8/82; 129, 386, 391 = Gl 1995, 169). Darüber hinaus darf der Schutz des geschädigten Mandanten im Rahmen dieser Verjährungsregelung nicht ausgedehnt werden. **Sie soll nach dem Willen des Gesetzgebers die steuerlichen Berater davor schützen, durch vertragliche Schadenersatzansprüche wegen berufstypischer Risiken, die auch die Folgen grob fahrlässigen Verhaltens einschließen, in unübersehbarer Weise auf lange Zeit wirtschaftlich bedroht zu werden.**

Mit diesem Gesetzeszweck wäre es unvereinbar, den Verjährungsbeginn für einen vertraglichen Regreßanspruch wegen einer Pflichtverletzung des Beraters in einem abgeschlossenen Einspruchsverfahren hinauszuschieben bis zum Abschluß eines späteren Finanzgerichtsverfahrens. Anderenfalls würde, wie die Revision zutreffend geltend macht, die Wirkung einer unzulässigen vertraglichen „Tertiärhaftung“ des Beraters herbeigeführt (vgl. BGHZ 94, 380, 391 = Gl 32/85). **Erfüllt dessen vertragliche Pflichtverletzung zugleich die Voraussetzungen einer - hier nicht gegebenen - unerlaubten Handlung (§§ 823 ff BGB), so bleibt die Verjährungsregelung des § 852 BGB unberührt** (BGH, Urt. v. 18.12.1997 - IX ZR 180/96, Gl 1998, 86).

Steuerberaterhaftung

- Verjährung, Beginn der Verjährungsfrist, § 68 StBerG
 - Einheitliche Verjährungsfrist, mehrere Veranlagungsjahre
 - Arglistseinwand
 - Aussichtsloser Prozeß
- (BGH, Urt. v. 18.12.1997 - IX ZR 180/96)

Leitsätze:

1. Für einen Anspruch auf Ersatz eines Steuer Schadens einschließlich aller weiteren adäquat verursachten, vorausseh- und zurechenbaren Nachteile aus ein und derselben Pflichtverletzung eines steuerlichen Beraters läuft eine einheitliche Verjährungsfrist, die mit der Entstehung des ersten Teilschadens in Gang gesetzt wird.

2. Zur Pflicht eines steuerlichen Beraters, die Kosten eines aussichtslosen Finanzgerichtsverfahrens zu ersetzen.

3. Ein steuerlicher Berater, der zur Vereitelung eines Regreßanspruchs seinem Auftraggeber vorspiegelt, eine - bereits rechtskräftig abgewiesene - Klage gegen einen Steuerbescheid sei noch anhängig und werde erfolgreich sein, kann aus § 826 BGB zum Schadenersatz verpflichtet sein.

Zum Sachverhalt:

Die Kläger verlangen vom beklagten Steuerberater Ersatz von Steuernachteilen und der Kosten zweier Finanzgerichtsverfahren. Der Beklagte betreute die klagende KG - Klägerin zu 1) - und die Kläger zu 2), die Kommanditisten der Klägerin zu 1) sind, von 1968 bis Ende 1992 in allen Steuerangelegenheiten. Dies galt seit 1988 auch für den Kläger zu 3) - Sohn der Kläger zu 2) -, nachdem dieser ebenfalls Kommanditist der Klägerin zu 1) geworden war.

Im Jahre 1982 wollten die Kläger zu 2) ihre beiden weiteren Kinder, die nicht an der Klägerin zu 1) beteiligt werden sollten, im Wege vorweggenommener Erbfolge mit jeweils einer Million DM abfinden. Nach Beratung durch den Beklagten schlossen die Kläger zu 2) am 8.11.1982 mit diesen Kindern jeweils einen notariell beurkundeten „Schenkungsvertrag“. Danach sollten 20 Halbjahresraten von je 50.000 DM an den Sohn und an die Tochter - unter Anrechnung einer früheren Schenkung - von je 26.000 DM gezahlt werden. An demselben Tage vereinbarten diese Kinder der Kläger zu 2) mit der Klägerin zu 1), dieser die von ihren Eltern geschenkten „Barbeträge“ als verzinsliche Darlehen zur Verfügung zu stellen. Diese Verträge wurden durchgeführt.

Die Klägerin zu 1) setzte die Darlehenszinsen 1983 als Betriebsausgaben ab. Dies wurde mit Bescheid des Finanzamtes vom 11.11.1985 nicht anerkannt. Nach erfolglosem Einspruch erhob der Beklagte 1986 im Namen der Klägerin zu 1) Anfechtungsklage, die durch Urteil des Finanzgerichts vom 27.11.1989 abgewiesen wurde. Nachdem die Revision - auf Beschwerde gegen die Nichtzulassung - am 16.5.1991 zugelassen worden war, versäumte der Beklagte eine fristgerechte Einlegung des Rechtsmittels.

Durch Bescheid vom 4.2.1991 versagte die Finanzbehörde die Anerkennung der Darlehenszinsen als Betriebsausgaben für 1984 bis 1988. Nach erfolglosem Einspruch erhob der Beklagte 1992 Anfechtungsklage im Namen der Klägerin

zu 1), ohne eine Prozeßvollmacht einzureichen. Nachdem eine gerichtliche Frist zur Vorlage der Vollmacht fruchtlos verstrichen war, wies das Finanzgericht die Klage durch Vorbescheid vom 13.8.1992 ab. Den dagegen gerichteten Antrag auf mündliche Verhandlung nahm die Klägerin zu 1) am 2.11.1993 zurück, nachdem sie von den Versäumnissen des Beklagten in den beiden Prozessen erfahren hatte.

Bezüglich einer Anerkennung der Darlehenszinsen als Betriebsausgaben ab 1989 schwebt noch ein Einspruchsverfahren.

Die Regreßklage gegen den Beklagten ist am 3.2.1994 bei Gericht eingegangen und wurde am 17.2.1994 zugestellt. Die Kläger verlangen vom Beklagten Ersatz ihrer Steuernachteile infolge der Nichtanerkennung der Darlehenszinsen als Betriebsausgaben sowie der Prozeßkosten.

Das Landgericht hat die Klage abgewiesen, das Oberlandesgericht hat die Zahlungsansprüche dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt und dem Antrag auf Feststellung einer Pflicht des Beklagten, den Klägern weitere Schäden aus steuerlicher Fehlberatung im Jahre 1982 zu ersetzen, stattgegeben. Mit der Revision erstrebt der Beklagte, das Urteil des Landgerichts wiederherzustellen.

Die Revision hat überwiegend Erfolg.

Aus den Gründen:

A. Steuerschaden

Das Rechtsmittel wendet sich zu Recht dagegen, daß das Berufungsgericht den Klägern einen **vertraglichen** Anspruch auf Ersatz ihres Steuerschadens zuerkannt hat.

I.

Ein Schadensersatzanspruch der Kläger gegen den Beklagten aus dessen **Steuerberatungsvertrag** mit den Klägern zu 1) und zu 2), in dessen Schutzbereich der Kläger zu 3) nach tatrichterlicher Feststellung – vor seinem Beitritt zu diesem Vertrag 1988 – einbezogen war (vgl. BGH, Urt. v. 5.6.1985 – IVa ZR 55/83, WM 1985, 1274, 1275 = GI 33/85; v. 19.12.1996 – IX ZR 327/95, WM 1997, 359, 360 = GI 1997, 81) ist insoweit, als Ersatz steuerlicher Nachteile verlangt wird, entgegen der Ansicht des Berufungs-

gerichts gemäß der Einrede des Beklagten verjährt (§§ 68 StBerG, 222 Abs. 1 BGB).

Dazu hat das Berufungsgericht ausgeführt: Die Verjährung nach § 68 StBerG beginne mit der Bekanntgabe des belastenden Steuerbescheids. Die Klageerhebung im Februar 1994 habe die Verjährung bezüglich der Steuerjahre ab 1984 unterbrochen. Zwar sei die Verjährungsfrist für die Primärhaftung betreffend das Jahr 1983 bereits abgelaufen gewesen. Insoweit greife aber eine Sekundärhaftung ein. Entgegen seiner Pflicht, die Kläger auf die eigene Regreßpflicht und deren Verjährung hinzuweisen, habe der Beklagte bis zum Schluß des Beratungsvertrages Ende 1992 immer wieder die steuerliche Zulässigkeit des von ihm vorgeschlagenen Vertragsmodells bekräftigt.

II.

Diese Erwägungen halten der Revisionsrüge nicht stand.

Ein **vertraglicher** Anspruch gegen einen Steuerberater, der – wie im vorliegenden Falle – auf Ersatz steuerlicher Nachteile wegen eines fehlerhaften Rats in einer Steuersache gerichtet ist, verjährt in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist (§ 68 StBerG). **Die Verjährung beginnt mit der Bekanntgabe des belastenden Steuerbescheids, weil erst dann ein Schaden infolge eines Beratungsfehlers und damit ein Ersatzanspruch i.S.d. § 198 BGB entstanden ist; die Bestandskraft oder Unanfechtbarkeit des Bescheids ist für den Verjährungsbeginn in einem solchen Falle nicht erforderlich (BGHZ 129, 386, 388 ff).** Der bekanntgegebene Steuerbescheid gibt dem Mandanten in der Regel Anlaß zur Prüfung, ob der Steuernachteil auf einer Fehlberatung seines Steuerberaters beruht. Von diesem Zeitpunkt an ist dem Auftraggeber zuzumuten, einen Ersatzanspruch gegen den Steuerberater im Wege der Klage geltend zu machen (BGHZ 129, 386, 390 = GI 1995, 169).

Da der aus einem bestimmten Ereignis erwachsene Schaden als ein einheitliches Ganzes aufzufassen ist, läuft eine einheitliche Verjährungsfrist für den Anspruch auf Ersatz dieses Schadens einschließlich aller weiteren adäquat verursachten, zurechen- und voraussehbaren Nachteile, sobald irgendein (Teil-) Schaden entstanden ist (BGHZ 50, 21, 23 f; 100, 228, 231 f; 114, 150, 153 = GI 1991, 171; BGH, Urt. v. 15.10.1992 – IX ZR 43/92, NJW 1993, 648,

650 = GI 1993, 117; v. 5.11.1992 - IX ZR 200/91, WM 1993, 610, 612 = GI 1993, 163; v. 7.2.1995 - X ZR 32/93, NJW 1995, 2039, 2040; v. 29.2.1996 - X ZR 180/95, WM 1996, 1106, 1107 = GI 1996, 125). Danach kann die Verjährung bei einem sich nach und nach entwickelnden Schaden aus ein und derselben Verletzungshandlung - anders als bei mehreren selbständigen Handlungen des Schädigers (BGH, Urt. v. 15.10.1992 - IX ZR 43/92, a.a.O.) - bereits eingetreten sein, bevor sich ein später Folgenachteil einstellt.

1. Danach lief - dies hat das Berufungsgericht verkannt - **eine einheitliche Verjährungsfrist für alle Steuerschäden aus einer Fehlberatung des Beklagten anlässlich der Schenkungs- und Darlehensverträge im Jahre 1982 seit Bekanntgabe des Steuerbescheids vom 11.11.1985.**

Nach dem Vorbringen der Kläger und den tatrichterlichen Feststellungen war der gesamte geltend gemachte Schaden infolge Nichtanerkennung der Darlehenszinsen als Betriebsausgaben die adäquate, zurechen- und voraussehbare Folge einer einzigen, in sich abgeschlossenen Pflichtverletzung des Beklagten, die darin bestand, daß dieser vor Abschluß der Verträge 1982 nicht dafür gesorgt hat, daß die Voraussetzungen für eine steuerliche Anerkennung erfüllt wurden.

Deswegen begann mit Bekanntgabe des ersten belastenden Steuerbescheids nicht nur die Verjährung eines Ersatzanspruchs wegen des 1983 entstandenen ersten Teilschadens, sondern eines Anspruchs auf Ersatz des steuerlichen Gesamtschadens einschließlich der entsprechenden voraussehbaren weiteren Nachteile in der Folgezeit. Es lief also - entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts - keine gesonderte neue Verjährungsfrist ab Bekanntgabe des Steuerbescheids vom 4.2.1991, der Folgeschäden der Kläger für die Jahre 1984 bis 1988 betraf. **Auch die - mit dem Feststellungsantrag geltend gemachten - steuerlichen Nachteile seit 1989 gehören zu dem steuerlichen Gesamtschaden der Kläger aus der Pflichtverletzung des Beklagten 1982.**

Diesen einheitlichen Verjährungsbeginn, der sich aus dem Grundsatz der Schadeneinheit ergibt, stellt die Revisionserwiderng erfolglos in Frage, indem sie geltend macht, der Beklagte habe eine weitere Pflichtverletzung begangen, weil er sein Vertragskonzept nicht nach dem Steuerbescheid 1985 überprüft habe. **Zwar hatte der Beklagte die allgemeine Vertragspflicht, seine Auftraggeber möglichst vor**

Schaden zu bewahren (vgl. BGHZ 129, 386, 396 = GI 1995, 169) und mußte deswegen Nachteile seiner Mandanten aus einer Pflichtverletzung abwenden oder wenigstens mindern.

Eine Vernachlässigung dieser Pflicht war aber keine selbständige schadenursächliche Pflichtverletzung, die - dies wäre die Folge - die schadenauslösende Pflichtverletzung 1982 gleichsam aufhob und wegen ihrer Dauerwirkung ständig eine neue Verjährung für jeden weiteren Teilschaden beginnen ließ. In diesem Zusammenhang verweist die Revisionserwiderng vergeblich auf das Urteil des IV. Zivilsenats des Bundesgerichtshofs vom 15.5.1991 (IV ZR 85/90, VersR 1991, 873, 875 = GI 1991, 249). Darin hat der IV. Zivilsenat entschieden, daß mehrere gleichartige Pflichtverletzungen eines Steuerberaters jeweils einen deckungspflichtigen Schadensfall im Sinne der Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung ergeben. Eine solche versicherungsrechtliche Frage ist hier nicht entscheidungserheblich.

2. Die Verjährungsfrist hat sich wegen einer sogenannten **Sekundärhaftung** des Beklagten verlängert, nachdem die Primärverjährungsfrist drei Jahre nach Bekanntgabe des Bescheids vom 11.11.1985 abgelaufen war (vgl. BGHZ 129, 386, 391 ff = GI 1995, 169). **Der erfolglose Einspruch gegen den Steuerbescheid von November 1985 hatte dem Beklagten begründeten Anlaß gegeben, die Kläger auf die Möglichkeit einer Regreßhaftung und die dafür maßgebliche Verjährungsregelung hinzuweisen;** eine solche Aufklärung hat der Beklagte schuldhaft unterlassen.

Mit Eintritt der Primärverjährung - nicht erst bei Mandatsende 1992, wie das Berufungsgericht angenommen hat - wurde dann gemäß § 68 StBerG eine um drei Jahre verlängerte Verjährungsfrist in Gang gesetzt (BGHZ 129, 386, 395 m.w.N. = GI 1995, 169). Nach deren Ablauf war die Verjährung des vertraglichen Anspruchs auf Ersatz des Steuerschadens im November 1991 vollendet. **Die Einsprüche gegen die Steuerbescheide und die Anfechtungsklagen haben die Verjährung dieses Anspruchs nicht gehindert (vgl. BGH, Urt. v. 29.2.1996 - IX ZR 180/95, a.a.O.).**

3. Entgegen der Ansicht der Revisionserwiderng können die Kläger der Verjährungseinrede des Beklagten nicht den Arglistenwand (§ 242 BGB) entgegenhalten.

Die Verjährungseinrede ist dann eine unzulässige Rechtsausübung, wenn der Schuldner den Gläubiger in treuwidriger Weise von der rechtzeitigen Klageerhebung abgehalten hat (vgl. BGHZ 9, 1, 5; 71, 86, 96; BGH, Urt. v. 26.2.1985 - VI ZR 144/83, WM 1985, 1038, 1041 = GI 19/85; v. 3.11.1988 - IX ZR 203/87, WM 1988, 1855, 1858). Mit Rücksicht auf den Zweck der Verjährungsregelung sind an den Arglisteinwand strenge Anforderungen zu stellen. Der Gläubiger muß nach Wegfall des Umstandes, aus dem er das treuwidrige Verhalten des Schuldners herleitet, innerhalb einer nach den Umständen des jeweiligen Falles angemessenen, in aller Regel kurzen Frist seinen Anspruch gerichtlich geltend machen.

Da der Gläubiger schon über die Verjährungsfrist hinaus mit der Klageerhebung gewartet hat, muß er sich rasch zu einem gerichtlichen Vorgehen entschließen. **Nach Ablauf der angemessenen Klagefrist verstößt die Verjährungseinrede des Schuldners nicht mehr gegen Treu und Glauben** (BGH, Urt. v. 14.10.1958 - VI ZR 183/57, NJW 1959, 96; v. 6.12.1990 - VII ZR 126/90, NJW 1991, 974, 975; v. 29.2.1996 - IX ZR 180/95, a.a.O., 1108).

Dazu haben die Kläger behauptet, der Beklagte habe ihnen bis Ende 1992 erklärt, die Klagen gegen die Steuerbescheide seien noch anhängig und führten zum Erfolg; der Kläger zu 2) hat bei seiner Anhörung durch das Berufungsgericht vorgebracht, bis 1993 habe der Beklagte immer wieder versichert, das Modell sei absolut sicher und die Kläger würden beim Bundesfinanzhof gewinnen.

Selbst wenn deswegen zugunsten der Kläger davon auszugehen sein sollte, daß die Voraussetzungen des Arglisteinwands vorlagen, so ist dessen Grundlage fortgefallen, als die Kläger nach tatrichterlicher Feststellung spätestens am 2.11.1993 erfuhren, daß das Urteil des Finanzgerichts vom 27.11.1989, das die Klage gegen den Steuerbescheid vom 11.11.1985 abgewiesen hatte, 1991 rechtskräftig geworden und die Klage gegen den Bescheid vom 4.2.1991 am 13.8.1992 abgewiesen worden waren. **Nachdem die Kläger diese Kenntnis erlangt hatten, hätten sie nach einer angemessenen Überlegungsfrist einen Regreßanspruch gegen den Beklagten einklagen müssen.**

Die Klage ist am 3.2.1994 bei Gericht eingegangen. **Dieser Zeitraum von drei Monaten war nach den Umständen des vorliegenden Falles**

zu lang. In der Mehrzahl der durchschnittlichen Fälle wird eine Klagefrist von **einem Monat** als ausreichend angesehen (BGH, Urt. v. 6.12.1990 - VII ZR 126/90, a.a.O., m.w.N.; v. 4.11.1997 - VI ZR 375/96, Umdruck 10 f, z.V.b.). Der vorliegende Fall bietet keine Besonderheiten, die eine Frist von drei Monaten rechtfertigten. Die Kläger wußten am 2.11.1993, daß ihre Klagen gegen die Steuerbescheide rechtskräftig abgewiesen worden waren und ihnen deswegen ein Schaden drohte; die sachlichen Gründe für die Nichtanerkennung der Darlehenszinsen als Betriebsausgaben hatten sie aus dem Urteil des Finanzgerichts vom 27.11.1989 erfahren. Aufgrund ihres Kenntnisstands am 2.11.1993 bot zumindest die Erhebung einer Feststellungsklage gegen den Beklagten keine besonderen Schwierigkeiten, zumal dafür eine lange Vorbereitungszeit zur Verfügung gestanden hatte und die Kläger nach eigenem Vorbringen schon 1992 andere steuerliche Berater eingeschaltet hatten.

4. Der vertragliche Anspruch auf Ersatz des Steuerschadens ist **nicht aufgrund einer anderen Pflichtverletzung unverjährt.**

a) Zwar hat sich der Beklagte weitere selbständige, von einer steuerlichen Fehlberatung 1982 unabhängige Pflichtverletzungen zuschulden kommen lassen, indem er nach Zulassung der Revision gegen das Urteil des Finanzgerichts vom 27.11.1989 im Mai/Juni 1991 keine fristgerechte Revision eingelegt hat, so daß das angefochtene Urteil rechtskräftig geworden ist, und für die Klage gegen den Steuerbescheid vom 4.2.1991 trotz einer gerichtlichen Ausschußfrist 1992 keine Prozeßvollmacht eingereicht hat, so daß die Klage abgewiesen wurde. Die Verjährung von Ansprüchen auf Ersatz von Steuerschäden aus diesen Pflichtverletzungen wäre durch die Klageerhebung im Februar 1994 unterbrochen worden (§§ 68 StBerG, 209 Abs. 1, 211, 217 BGB).

Der geltend gemachte Steuerschaden beruht jedoch nicht auf diesen Pflichtverletzungen innerhalb der finanzgerichtlichen Verfahren. Vielmehr waren die Anfechtungsklagen im Endergebnis aussichtslos, weil die Zinsen auf die Darlehen die die beiden Kinder der Kläger zu 2) der Klägerin zu 1) aufgrund der Darlehensverträge vom 8.11.1982 - im Zusammenhang mit den Schenkungsverträgen der Kläger zu 2) mit diesen Kindern von demselben Tage - gewährt hatten, nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs nicht

als steuermindernde Betriebsausgaben anerkannt worden wären (§ 4 Abs. 4 EStG), sondern dem Abzugsverbot für Zuwendungen im privaten Bereich unterlagen (§§ 4 Abs. 1 Satz 1, 12 EStG).

aa) **Betriebsausgaben** sind Aufwendungen, die durch den Betrieb veranlaßt sind (§ 4 Abs. 4 EStG). Bei einem **Vertrag zwischen nahen Angehörigen** – oder wie hier zwischen einer Personengesellschaft und Angehörigen der beherrschenden Gesellschafter (BFH, BStBl II 1991, 911, 912) – kann von einer betrieblichen Veranlassung nur dann ausgegangen werden, wenn die Vereinbarung in der gesetzlich vorgeschriebenen Form zustande gekommen ist und – abgesehen von dem zwischen Fremden nicht üblichen Entstehungsgrund der Schenkung – sowohl die Gestaltung als auch die Durchführung des Vereinbarten dem zwischen Fremden Üblichen entsprechen.

Inhalt und Abwicklung eines Darlehensvertrages halten diesem **Fremdvergleich** stand, wenn eine Vereinbarung über die Laufzeit sowie über Art und Weise der Rückzahlung des Darlehens getroffen wurde, die Zinsen zu den Fälligkeitsterminen entrichtet werden und der Rückzahlungsanspruch bei langfristiger Laufzeit ausreichend gesichert ist (zusammenfassend BFH, BStBl II 1992, 468, 469 ff m.w.N.; vgl. BFHE 163, 49, 50 ff = DStR 1991, 459; BFH, BStBl II 1991, 911, 912 ff; DStR 1991, 610).

bb) Das Berufungsgericht – und das Finanzgericht in seinem Urteil vom 27.11.1989 – haben zutreffend ausgeführt, daß die Darlehens- und Schenkungsverträge einheitlich zu bewerten sind, weil diese Verträge an demselben Tage geschlossen wurden und die Darlehensverträge auf die Schenkungen Bezug nehmen (vgl. BFH, DStR 1991, 610), und daß die darin enthaltenen Vereinbarungen zur Laufzeit und Rückzahlung der Darlehen nicht denjenigen entsprechen, die zwischen Fremden üblich sind.

Nach den Darlehensverträgen stellten die Kinder der Kläger zu 2) die von diesen geschenkten „Barbeträge“ in Höhe von 20 Halbjahresraten von je 50.000 DM bzw. 26.000 DM der Klägerin zu 1) als verzinsliche Darlehen zur Verfügung. Die Zahlung dieser Raten an die Kinder der Klägerin zu 2) war in den Schenkungsverträgen nicht endgültig festgelegt. Die Schenker waren zur „Streckung der Ratenzahlungen“ berechtigt, wenn und solange ihre Liquiditätslage und diejenige ihrer Unternehmen dies erforderte.

Außerdem behielten sich die Schenker vor, die Ratenzahlungen ganz oder teilweise durch Übertragung anderer Vermögensgegenstände abzulösen.

Weiterhin wurde den Schenkern ein **umfangreiches Recht auf Widerruf der Schenkung** eingeräumt, dessen Ausübung zum Fortfall der weiteren Zahlungen und zur Erstattung der geleisteten Schenkungen führte. Danach stand nicht abschließend fest, wann Darlehen zu gewähren waren. Vielmehr hingen Umfang und Fälligkeit der Darlehensauszahlungen von der Kapitalausstattung der Darlehensgeber durch Dritte ab, nicht aber vom Kreditbedürfnis der Darlehensnehmerin, die ihrerseits jeden angebotenen Darlehensbetrag anzunehmen und zu verzinsen hatte.

Infolgedessen waren die Laufzeit und die – von einer Kündigung eines Vertragsteils abhängige – Rückerstattung einzelner Leistungen der Darlehensgeber ungewiß. **Dagegen ist es üblich, daß Kreditverträge unter Fremden den Umfang und Zeitpunkt der Leistungen des Kreditgebers sowie – daran anknüpfend – die Fälligkeit der Rückzahlung abschließend festlegen.**

Das Berufungsgericht hat ferner rechtsfehlerfrei festgestellt, daß die vereinbarte Gewährung von **Darlehen** in Höhe von insgesamt einer Million DM und von insgesamt 520.000 DM in einem Zeitraum von zehn Jahren **ohne Sicherheiten unter Fremden nicht üblich ist**. Grundsätzlich setzt eine steuerliche Anerkennung von Darlehenszinsen als Betriebsausgaben bei langfristigen Darlehen voraus, daß der Darlehensnehmer ausreichende Sicherheiten gestellt hat; **langfristig ist jedenfalls ein Darlehen mit einer Gesamtlaufzeit von mehr als vier Jahren** (BFHE 163, 49, 51 f). Im vorliegenden Fall durfte vom Regelerfordernis einer Besicherung des Rückzahlungsanspruchs schon wegen der Höhe der Gesamtdarlehen nicht abgewichen werden.

cc) Auf die von der Revision in diesem Zusammenhang erörterte Vorschrift des § 42 AO kommt es nicht an, weil ein vertraglicher Anspruch auf Ersatz des Steuerschadens verjährt ist.

b) Insoweit ist es auch rechtlich unerheblich, ob der Beklagte – gemäß dem Klagevortrag – die rechtzeitige Erhebung der Regreßklage vereitelt hat. Ein solches Verhalten hat den Steuerschaden nicht verursacht.

III.

Der Klageanspruch auf Ersatz des Schadens kann allerdings aus **unerlaubter Handlung gerechtfertigt sein**.

Die Kläger haben unter Beweisantritt behauptet, der Beklagte habe ihnen bis etwa Ende 1992 versichert, die Klagen gegen die Steuerbescheide seien noch anhängig und würden erfolgreich sein. Damit können die Kläger einen Schadenersatzanspruch aus **§ 826 BGB** schlüssig dargelegt haben, falls ihr Vorbringen dahin zu verstehen ist, **der Beklagte habe sich in dieser Weise auch bis zur Verjährung ihres vertraglichen Anspruchs auf Ersatz des Schadens im November 1991 arglistig verhalten, obwohl das Finanzgerichtsurteil vom 27.11.1989 bereits im Juni 1991 rechtskräftig geworden war**, und die Kläger hätten, wie diese mit ihrer Gegenrüge aus § 139 ZPO geltend gemacht haben, bei wahrheitsgemäßer Mitteilung des Prozeßergebnisses rechtzeitig Regreßklage gegen den Beklagten erhoben.

In diesem Falle hätte der Beklagte die Kläger geschädigt. Der vertragliche Schadenersatzanspruch gegen den Beklagten wäre bei rechtzeitiger Klage erfolgreich gewesen. Aufgrund der rechtsfehlerfreien Feststellungen des Berufungsgerichts wäre eine Vertragsgestaltung möglich gewesen, die eine steuerliche Anerkennung der Darlehenszinsen als Betriebsausgaben gewährleistet hätte; die dagegen gerichteten Verfahrensrügen der Revision wurden geprüft, greifen aber nicht (§ 565 a ZPO).

Nach Verjährung des vertraglichen Regreßanspruchs war die Vermögenslage der Kläger auch dann verschlechtert, wenn sie wegen des behaupteten Vorgehens des Beklagten zunächst noch den Arglisteinwand gegenüber einer Verjährungseinrede hätten erheben können; nach Wegfall dieses Einwands bestand die – eingetretene – Gefahr, die verbleibende kurze Klagfrist zu versäumen. **Ein daraus folgender Anspruch auf Herstellung des Zustandes, der ohne das behauptete Verhalten des Beklagten bestünde, wäre wegen der Klageerhebung im Februar 1994 nicht verjährt (§§ 209 Abs. 1, 211, 852 Abs. 1 BGB).**

Der Beklagte hat das Vorbringen der Kläger bestritten. Das Berufungsgericht hat insoweit keine Feststellungen getroffen; dies wird nachzuholen sein. Da ein **gesetzlicher** Schadenersatzanspruch der Kläger in den Vorinstanzen

nicht erörtert worden ist, ist den Parteien noch Gelegenheit zu geben, ihren Vortrag zu ergänzen.

B. Prozeßkostenschaden

Beide Parteien gehen zutreffend davon aus, daß die Kläger spätestens mit der Berufungsbegründung von September 1994 ihren Feststellungsantrag auf die Kosten der beiden Finanzgerichtsverfahren erstreckt haben und daß das Berufungsgericht nach dem Zusammenhang seiner Ausführungen diese Verfahrenskosten als adäquate Folgen der steuerlichen Fehlberatung 1982 angesehen und deshalb unter die festgestellte Pflicht zum Ersatz der daraus folgenden Schäden der Klägerin zu 1) gefaßt hat.

I. Kosten des ersten Finanzgerichtsprozesses

1. Soweit die Klägerin zu 1) (fortan: die Klägerin) die Feststellung einer Pflicht des Beklagten zum Ersatz ihrer Kosten des 1986 angestregten Finanzgerichtsverfahren begehrt hat, ist die Klage zulässig, weil diese unter dem Gesichtspunkt der Prozeßwirtschaftlichkeit zu einer sinnvollen und sachgemäßen Erledigung des Streitpunktes führt (vgl. BGH, *Urt. v. 11.11.1993 - IX ZR 47/93, WM 1994, 360, 361*). Entgegen der Ansicht der Revision brauchte die Klägerin insoweit nicht zur Leistungsklage überzugehen (vgl. BGH, *Urt. v. 21.12.1989 - IX ZR 234/88, BGHR-ZPO § 256 Abs. 1 - Feststellungsinteresse 16*).

2. Ein **vertraglicher** Anspruch der Klägerin auf Ersatz der Kosten dieses finanzgerichtlichen Verfahrens ist verjährt (§ 68 StBerG).

Entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts waren die Kosten jenes Rechtsstreits kein adäquater, zurechen- und vorhersehbarer Spätschaden aus einer steuerlichen Fehlberatung 1982 (vgl. BGHZ 111, 168, 175, 177). Vielmehr beruht dieser Schaden der Klägerin auf einer weiteren **selbständigen Pflichtverletzung** des Beklagten, **weil dieser der Klägerin nicht von der im Endergebnis aussichtslosen Anfechtungsklage abgeraten hat** (vgl. BGH, *Urt. v. 13.3.1997 - IX ZR 81/96, WM 1997, 1392, 1393 = Gl 1997, 185*). Die Verjährung des Ersatzanspruchs der Klägerin hat mit der Einreichung der Klage begonnen, weil dadurch die Klägerin Zweitschuldnerin der Gerichtskosten geworden ist (§ 49 GKG a.F.) und damit der erste Teil des Kostenschadens entstanden ist (vgl. BGH, *Urt. v. 7.2.1995 - X ZR 32/93, NJW 1995, 2039, 2041*). **Drei Jahre nach der Klageerhebung 1986 lief die Primärverjährungsfrist ab.**

Zugunsten der Klägerin kann davon ausgegangen werden, daß sich diese Frist wegen einer Sekundärhaftung des Beklagten um drei Jahre verlängert hat. Weiterhin kann zugunsten der Klägerin unterstellt werden, daß ihr zunächst der Arglisteinwand gegenüber einer Verjährungseinrede zugestanden hat, weil der Beklagte verschwiegen hatte, daß das Urteil des Finanzgerichts 1991 rechtskräftig geworden war. Der Arglisteinwand ist jedoch entfallen, nachdem die Klägerin davon spätestens am 2.11.1993 erfahren und dennoch nicht in der angemessenen kurzen Frist den Anspruch auf Ersatz der Kosten des ersten Finanzgerichtsprozesses eingeklagt hat. Dies ist verspätet frühestens mit der Klageerhebung im anhängigen Rechtsstreit im Februar 1994 geschehen.

3. Auch der Anspruch auf Ersatz der Kosten des ersten Finanzgerichtsprozesses kann aus **unerlaubter Handlung** (§ 826 BGB) begründet sein; insoweit gelten die vorstehenden Ausführungen (A. III.) entsprechend.

Ein solcher Anspruch bestünde allerdings dann nicht, wenn der vertragliche Anspruch auf Ersatz der Prozeßkosten bereits drei Jahre nach Einreichung der Klage 1986 verjährt gewesen sein sollte (§ 68 StBerG); dann wäre ein Regreßanspruch wegen dieser Kosten nicht dadurch vereitelt worden, daß der Beklagte nach dem Klagevortrag 1991 den Prozeßausgang arglistig verschleierte haben kann. Bisher ist weder vorgebracht noch festgestellt worden, daß bis zum Ablauf der Primärverjährungsfrist für den Beklagten ein begründeter Anlaß bestanden hat, die Klägerin auf die Möglichkeit einer Regreßhaftung und die dafür maßgebliche Verjährungsregelung hinzuweisen. Sollte ein solcher Anlaß gefehlt haben, so hätte der Beklagte keiner verjährungsverlängernden Sekundärhaftung unterlegen. Das negative Urteil des Finanzgerichts vom 27.11.1989 könnte ein begründeter Anlaß im vorstehenden Sinne gewesen sein; es steht aber nicht fest, daß es noch vor Ablauf der Primärverjährungsfrist ergangen ist.

II. Kosten des zweiten Finanzgerichtsprozesses

Der zulässige Klageantrag auf Feststellung einer Pflicht des Beklagten, der Klägerin die Kosten des 1992 angestregten Finanzgerichtsverfahrens zu ersetzen, ist aus dem umfassenden Steuerberatungsvertrag der Parteien begründet.

Im Rahmen seines Mandats hatte der Beklagte seine Auftraggeberin möglichst vor Schaden zu bewahren und in die Lage zu versetzen, eine nachteilige Fehlentscheidung zu vermeiden (vgl. BGHZ 129, 386, 396). **Deswegen hätte er der Klägerin von dem im Endergebnis aussichtslosen Verfahren abraten müssen** (vgl. BGH, Urt. v. 13.3.1997 - IX ZR 81/96, a.a.O.). Statt dessen hat der Beklagte nach dem Klagevortrag immer wieder die Erfolgsaussicht der Anfechtungsklage versichert. Er hat selbst nicht behauptet, die Klägerin auf die Aussichtslosigkeit jenes Prozesses hingewiesen zu haben. Diese Pflichtverletzung war fahrlässig (§ 276 BGB).

Bei Beachtung der erforderlichen Sorgfalt hätte der Beklagte bei Erhebung der Anfechtungsklage 1992 wissen können und müssen, daß das Modell, das er nach unbeanstandeter tatrichterlicher Feststellung 1982 entworfen hatte, den Anforderungen des Bundesfinanzhofs an eine steuerliche Anerkennung der Darlehenszinsen als Betriebsausgaben nicht entsprach; daher hätte der Beklagte die unnötigen Prozeßkosten seiner Auftraggeberin verhindern können und müssen. Seine schuldhaftige Pflichtverletzung hat diese Kosten ausgelöst.

Aufgrund der Lebenserfahrung ist nach den **Regeln des Anscheinsbeweises gemäß dem Klagevortrag davon auszugehen, daß die Klägerin bei ordnungsmäßiger Aufklärung über die Aussichtslosigkeit von einer Anfechtung des Steuerbescheids 1991 abgesehen hätte** (vgl. BGHZ 123, 311, 317 = GI 1994, 3). Dann wäre dieser Kostenschaden nicht entstanden. Der Beklagte hat keine Tatsachen vorgebracht, die den Schluß zuließen, die Klägerin hätte sich über einen Rat, keine Anfechtungsklage zu erheben, hinweggesetzt (vgl. BGH, Urt. v. 27.5.1973 - IX ZR 66/92, WM 1993, 1513, 1516).

Der Anspruch auf Ersatz dieses Kostenschadens ist nicht verjährt (§ 68 StBerG). **Die Verjährung, die mit Erhebung der Anfechtungsklage 1992 begonnen hat** (vgl. BGH, Urt. v. 7.2.1995 - X ZR 32/93, a.a.O., 2041), **ist unterbrochen worden, indem die Klägerin diesen Schaden spätestens mit der im September 1994 zugestellten Berufungsbegründung im Rahmen des Feststellungsantrags geltend gemacht hat.**

Berufungsbegründungsfrist

- Unwirksamer Verlängerungsantrag
- Mündliche Verfügung des Vorsitzenden des Senats
- Sofortige Beschwerde, § 519b Abs. 2 ZPO, neue Beweise
(BGH, Beschl. v. 22.10.1997 - VIII ZB 33/97)

Leitsatz:

Auf die Wirksamkeit einer vom Vorsitzenden fernmündlich mitgeteilten Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist ist es ohne Einfluß, daß der zugrundeliegende Verlängerungsantrag fernmündlich von einem beim Prozeßgericht nicht postulationsfähigen Korrespondenzanwalt statt vom postulationsfähigen Prozeßbevollmächtigten gestellt wurde (Fortführung von BGHZ 93, 300).

Aus den Gründen:

I.

Das Landgericht hat die Beklagte zur Zahlung von 37.268,28 DM verurteilt. Seine Entscheidung ist dem Prozeßbevollmächtigten der Beklagten am 10.2.1997 zugestellt worden, der am 10.3.1997 für die Beklagte Berufung einlegte. Nach wiederholter Verlängerung der Frist zur Rechtsmittelbegründung, zuletzt bis zum 12.5.1997, ging die Berufungsbegründung am 13.5.1997 ein. Nach dem Hinweis, der Senat beabsichtige, das Rechtsmittel wegen Versäumung der Berufungsbegründungsfrist als unzulässig zu verwerfen, hat die Beklagte vorgebracht:

Der Sachbearbeiter - Rechtsanwalt N. in D. - habe am 12.5.1997 mit dem Vorsitzenden des Berufungssenats telefoniert und von diesem fernmündlich eine (erneute) Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist bis zum 13.5.1997 einschließlich erhalten. Über dieses Gespräch habe Rechtsanwalt N. eine Notiz gefertigt, die gegebenenfalls vorgelegt werden könne.

Am 2.6.1997 hat der Senatsvorsitzende verfügt, der Beklagten mitzuteilen, daß „... die nochmalige Verlängerung der Berufungsfrist um einen Tag von mir nur unter der Voraussetzung in Aussicht gestellt wurde, daß der Antrag fristgerecht schriftlich eingeht. Mündliche Verlängerungen werden von mir grundsätzlich nicht gewährt.“

Die Beklagte hat diese Mitteilung am 4.6.1997 erhalten. Mit Beschluß vom 17.6.1997, der Beklagten zugestellt am 19.6.1997, hat das Oberlandesgericht die Berufung als unzulässig verworfen.

Die Beklagte hat mit Schriftsatz vom 30.6.1997, bei Gericht eingegangen am selben Tag, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung der Berufungsbegründungsfrist beantragt. Unter Vorlage eidesstattlicher Versicherungen des Rechtsanwalts N. und seiner Kollegin, Rechtsanwältin S., die dessen Telefonat mit dem Senatsvorsitzenden vom 12.5. d.J. verfolgt habe, hat die Beklagte ihren bereits oben mitgeteilten Sachvortrag wiederholt. Hierauf hat die Beklagte auch ihre am 3.7.1997 eingegangene sofortige Beschwerde gegen den Verwerfungsbeschluß vom 17.6.1997 gestützt; die Rechtsanwälte N. und S. hat sie als Zeugen für den behaupteten Inhalt des Telefonats benannt.

Am 28.7.1997 hat das Oberlandesgericht den Antrag der Beklagten auf Wiedereinsetzung als unzulässig verworfen; der Beschluß ist der Beklagten am 30.7.1997 zugestellt worden. Dagegen wendet sich die Beklagte mit ihrer sofortigen Beschwerde.

II.

1. Die zulässige sofortige Beschwerde gegen die Verwertung der Berufung (§ 519b Abs. 2 ZPO) ist begründet.

a) Nach dem Sachvortrag der Beklagten, von dem der Senat zugunsten der Beschwerdeführerin auszugehen hat, liegt eine wirksame Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist bis einschließlich 13.5.1997 vor.

aa) **Unerheblich ist, daß die Fristverlängerung weder schriftlich verfügt noch über die behauptete Verlängerung ein Aktenvermerk gefertigt wurde.** Dabei kann offen bleiben, ob das im Schrifttum teilweise angenommene Schriftformerfordernis (vgl. Zöller/Gummer, ZPO 20. Aufl., § 519 Rdn. 17a; MünchKomm-ZPO/Rimmelspacher, § 119 Rdn. 20) zutrifft. **Denn wenn der Vorsitzende, wie die Beklagte behauptet, die Verlängerung telefonisch ausgesprochen hat, hat er damit ein schutzwürdiges Vertrauen bei der Partei begründet.** Dies entspricht der Rechtsprechung des Senats (BGHZ 93, 300, 305); es besteht kein Anlaß, hiervon abzuweichen. Zwar ist der damalige Beschluß des Senats

auch auf Ablehnung gestoßen (Zöller/Gummer, a.a.O., Rdn. 18). Doch liegt dieser Kritik das Mißverständnis zugrunde, ausreichend zur Begründung eines Vertrauensschutzes sei eine telefonische Auskunft der Geschäftsstelle. In dem der genannten Entscheidung zugrunde liegenden Sachverhalt hatte jedoch nicht die Geschäftsstelle, sondern der Vorsitzende die Verlängerung telefonisch ausgesprochen (zur Verlängerung durch einen geschäftsverteilungsmäßig nicht mehr zuständigen Vorsitzenden vgl. BGHZ 37, 125).

bb) Daß der beim Oberlandesgericht München nicht postulationsfähige Korrespondenzanwalt der Beklagten in Dresden nach ihrem Sachvortrag die Fristverlängerung **nur fernmündlich beantragt** hat, ist gleichfalls ohne Belang.

Zwar wird gemäß § 519 Abs. 2 Satz 3 ZPO eine Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist nur auf Antrag gewährt. Nach allgemeiner Ansicht unterliegt der Antrag dem Anwaltszwang und bedarf der Schriftform, so daß er vom Berufungsanwalt unterzeichnet sein muß (MünchKomm-ZPO/Rimmelspacher, a.a.O., Rdn. 14). **Hat der Vorsitzende die Verlängerung verfügt, hängt ihre Wirksamkeit aber nicht davon ab, daß ein wirksamer Antrag gestellt worden ist** (BGHZ 93, 300, 304).

Bereits das Reichsgericht hat entschieden, daß eine gewährte Fristverlängerung nicht deshalb nichtig ist, weil auf dem Antragsschriftsatz des Prozeßbevollmächtigten dessen Unterschrift fehlt (RGZ 160, 307, 309). Diese Rechtsprechung hat der Bundesgerichtshof bestätigt (Urt. v. 14.7.1953 - V ZR 87/52 = LM-ZPO § 554 Nr. 3) und dahin fortgeführt, daß durch einen nur (fern)mündlich gestellten Antrag die Wirksamkeit einer erteilten Verlängerung nicht beeinträchtigt wird (BGHZ 93, 300, 304).

Das Bundesarbeitsgericht hat eine über die beantragte Frist hinausgehende Verlängerung für wirksam erachtet; **damit hat es als unerheblich angesehen, daß hinsichtlich der „überschießenden“ Fristdauer ein Antrag fehlt** (Urt. v. 4.8.1961 = NJW 1962, 125). Auch der Senat hat es für unbeachtlich gehalten, daß für eine über den beantragten Zeitraum hinausgehende Bewilligung kein Antrag vorhanden ist (Urt. v. 27.3.1963 - VIII ZR 186/61 = LM-ZPO § 554 Nr. 30).

Der Rechtsprechung liegt die Erwägung zugrunde, daß eine von einem verfassungsmäßig

bestellten Gericht oder seinem Vorsitzenden im Rahmen seiner Zuständigkeit erlassene Entscheidung **nicht deswegen als nichtig angesehen werden kann, weil prozeßrechtliche Voraussetzungen nicht gegeben sind** (z.B. Senatsurt. v. 14.7.1953, a.a.O.).

Diese Überlegung gilt auch im Streitfall, der sich von den bereits entschiedenen Sachverhalten dadurch unterscheidet, daß der – unschädlicherweise (vgl. oben) – formnichtige Verlängerungsantrag nicht vom Prozeßbevollmächtigten der Rechtsmittelführerin, sondern von deren (beim Prozeßgericht nicht postulationsfähigen) Korrespondenzanwalt gestellt wurde. **Hat statt des postulationsfähigen Prozeßbevollmächtigten der nicht postulationsfähige Korrespondenzanwalt die Fristverlängerung beantragt, liegt zwar ein wirksamer Antrag der Partei nicht vor**, weil der nicht postulationsfähige Anwalt bei dem betreffenden Gericht für seine Partei prozeßrechtlich nicht wirksam handeln kann.

Unter Zugrundelegung der oben dargestellten Rechtsprechung (ebenso MünchKomm-ZPO/Rimmelspacher, a.a.O., Rdn. 16) hat jedoch nicht einmal das (teilweise.) Fehlen eines Antrags Einfluß auf die Wirksamkeit einer Fristverlängerung. Auch insoweit kommt dem Gedanken des Vertrauensschutzes maßgebliche Bedeutung zu, weil die Beklagte davon ausgehen durfte, die Berufung noch am 13.5.1997 fristwährend begründen zu können.

b) Das Oberlandesgericht hätte sich vor seiner Entscheidung über die Zulässigkeit der Berufung der Beklagten von Amts wegen damit befassen müssen, ob eine nach den Ausführungen zu a) wirksame Fristverlängerung bis zum 13.5.1997 vorlag. Zwar verbleibt es auch bei der von Amts wegen vorzunehmenden Prüfung, ob die Berufung fristgerecht begründet wurde, beim Beibringungsgrundsatz. Doch hat das Gericht im Rahmen der anzustellenden Prüfung nicht nur die Partei auf Bedenken aufmerksam zu machen, sondern auch zur Beschaffung von Nachweisen aufzufordern (BGHZ 93, 300, 305 f.). Danach wäre es geboten gewesen, auf die Möglichkeit hinzuweisen, den Vorsitzenden und Rechtsanwalt N. als Zeugen zu vernehmen.

Es kann indes dahinstehen, ob der angefochtene Beschluß schon wegen dieser Unterlassung des Gerichts einer Aufhebung unterläge. Denn die Beklagte hat in der Begründung ihrer sofortigen Beschwerde gegen den Verwerfungs-

beschluß vom 17.6.1997 nunmehr für den von ihr behaupteten Inhalt des Telefonats zwischen dem Vorsitzenden und Rechtsanwalt N. diesen und Rechtsanwältin S. als Zeugen benannt. Dieser Beweis ist zu erheben. **Nach gefestigter Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs kann die sofortige Beschwerde nach § 519b Abs. 2 ZPO auf neue Beweise gestützt werden, wenn damit die Rechtzeitigkeit des Eingangs der Berufung dargetan werden soll** (*Senatsbeschl. v. 16.12.1958 - VIII ZB 15/58 = VersR 1959, 296; BGH, Beschl. v. 16.2.1984 - IX ZB 172/83 = VersR 1984, 442 unter 3 b*).

2. Der Beschluß des Berufungsgerichts, der das Wiedereinsetzungsgesuch der Beklagten als unzulässig verworfen hat, mußte ebenfalls aufgehoben werden. Für einen die Wiedereinsetzung versagenden Beschluß ist kein Raum, wenn noch nicht feststeht, ob die Frist zur Begründung der Berufung überhaupt versäumt worden ist. (. . .)

Steuerberaterhaftung

- Entwurf eines Mietvertrages
 - Pflichtverletzung
 - Drittvergleich
- (*OLG Hamm, Urt. v. 6.11.1996 - 25 U 47/96*)

Leitsätze (d. Red.):

1. Die Erstellung von Mietverträgen gehört nicht zu steuerrechtlichen Angelegenheiten, die der Steuerberater selbst wahrnehmen darf.
2. Benötigt der Mandant Hilfe in allgemeinrechtlichen Angelegenheiten, so ist der steuerliche Berater verpflichtet, ihn an einen Rechtsanwalt oder Notar zu verweisen.
3. Wird dem Steuerberater ein Mietvertrag mit Familienangehörigen zur steuerlichen Überprüfung gegeben, so hat er auf Bedenken zur Miethöhe und Nebenkostenregelung hinzuweisen (sog. Drittvergleich).

Aus den Gründen:

Der Kläger hat gegen den Beklagten aus keinem Rechtsgrund einen Anspruch auf Ersatz zuviel gezahlter Einkommensteuer für das Jahr 1993 in Höhe von 5.409 DM und vergeblich aufgewandter Gerichtskosten in Höhe von 612,50 DM.

I.

Ein Anspruch auf Ersatz zuviel gezahlter Einkommensteuer für das Jahr 1993 ergibt sich insbesondere nicht aus einer positiven Vertragsverletzung des zwischen den Parteien damals unstreitig bestehenden Steuerberatungsvertrages.

Insoweit kann dahinstehen, ob der Steuerberatungsvertrag gemäß § 134 BGB wegen eines **Verstoßes gegen Art. 1 § 1 RBerG** nichtig ist, weil der Beklagte dem Kläger auf dessen Wunsch den **Entwurf eines Mietvertrages** für die an die Eltern des Klägers zu vermietende Wohnung erstellt hat. Selbst wenn dies so wäre, würde die **Nichtigkeit gemäß § 139 BGB nicht den Steuerberatungsvertrag insgesamt erfassen**, sondern nur den Teil, der sich auf die Erstellung des Mietvertragsentwurfs bezieht. Soweit der Beklagte darüber hinaus verpflichtet war, die steuerlichen Belange des Klägers im Zusammenhang mit dessen Einkommensteuererklärungen wahrzunehmen, ist davon auszugehen, daß diese Vereinbarung auch ohne den nichtigen Teil geschlossen sein würde, was sich schon daraus ergibt, daß dem Beklagten die steuerliche Beratung des Klägers im Hinblick auf dessen Einkommensteuererklärungen schon vor 1993 übertragen worden war.

Ein Anspruch aus einer Vertragspflichtverletzung des Steuerberaters ist nur dann zu bejahen, wenn der Steuerberater gegen seine sich aus dem Mandatsverhältnis ergebenden Pflichten verstoßen hat. Inhalt und Umfang der Pflichten des steuerlichen Beraters richten sich jeweils nach den im Einzelfall zwischen ihm und dem Mandanten abgeschlossenen Vertrag. Dabei ist in der Literatur und Rechtsprechung unbestritten, daß der Steuerberater eine Pflicht zur erschöpfenden Beratung des Mandanten hat, dies jedoch nur innerhalb des ihm übertragenen Mandates (*Späth, Die zivilrechtliche Haftung des Steuerberaters 4. Aufl., Rdn. 133*). **Zu diesen Pflichten gehört es auch, daß ein steuerlicher Berater, dem sich Anhaltspunkte dafür bieten, daß sein Mandant Hilfe in allgemeinrechtlichen Angelegenheiten benötigt, diesen an einen Rechtsanwalt oder Notar verweist** (*BGH, GI 33/85 = NJW 1986, 1050, 1051*).

Anhaltspunkte dafür, daß der Kläger Hilfe in allgemeinrechtlichen Angelegenheiten benötigte, ergaben sich für den Beklagten, als der Kläger ihn um die Erstellung eines Entwurfes

eines Vertrages für das Mietverhältnis zwischen ihm und seinen Eltern bat. Denn die Erstellung von Mietverträgen gehört nicht zu den steuerrechtlichen Angelegenheiten, die der Beklagte selbst wahrnehmen durfte (*Senat, DB 1986, 32*).

Der Kläger hat allerdings nicht bewiesen, daß der Beklagte seine Pflicht, ihn an einen Rechtsanwalt zu verweisen, verletzt hat. Der Beklagte, der auf Antrag des Klägers als Partei vernommen worden ist, hat nicht bestätigt, daß er es unterlassen habe, den Kläger an einen Rechtsanwalt zu verweisen. **Er hat vielmehr bekundet, daß er dem Kläger bei Übergabe des Mietvertragsentwurfs, die im Februar 1994 erfolgt sei, geraten habe, sich an einen Rechtsanwalt zu wenden, der habe prüfen sollen, ob die Formulierungen des Vertrages zivilrechtlich in Ordnung seien und keine Fallstricke enthalten würden.**

Es sind auch keine Indizien gegeben, die den sicheren Schluß zulassen, daß der Beklagte den Kläger nicht an einen Rechtsanwalt verwiesen hat. Allerdings haben die Eltern des Klägers, die Zeugen H. und K., bekundet, daß sie schon im Dezember 1993, noch vor Weihnachten, den Mietvertrag mit ihrem Sohn unterzeichnet hätten. Der Senat hält diese Angaben auch für glaubhaft. Der Umstand, daß der Mietvertrag schon im Dezember 1993 unterzeichnet worden ist, läßt jedoch nicht den sicheren Schluß zu, daß eine Belehrung durch den Beklagten, der Kläger möge sich an einen Rechtsanwalt wenden, unterblieben ist.

Zwar hat der Beklagte bekundet, den Mietvertrag erst im Februar 1994 überreicht und den Kläger in diesem Zusammenhang an einen Rechtsanwalt verwiesen zu haben. Da der Beklagte dies jedoch lediglich daraus schließt, daß sein Terminkalender im November und Dezember 1993 keinen Termin für den Kläger enthält, sondern ein solcher erst im Februar 1994 notiert ist, ist nicht auszuschließen, daß eine Notierung versehentlich unterlassen worden ist, möglicherweise deshalb, weil der Kläger – wie er selbst erklärt hat – unangemeldet beim Beklagten erschienen ist.

Die Beweislast für die Pflichtverletzung des Beklagten trägt der Kläger (*Späth, a.a.O., Rdn. 632*).

Der Beklagte hat seine Pflichten aus dem Steuerberatungsvertrag auch nicht zu einem späteren Zeitpunkt verletzt. Insoweit geht der

Senat davon aus, **daß der Beklagte aufgrund des ihm übertragenen Pflichtenkreises verpflichtet war, den Mietvertrag, den ihm der Kläger – wie sich erst in der mündlichen Verhandlung ergeben hat – am 20.4.1994 zugefaxt hat, zu überprüfen und darauf hinzuweisen, daß der gegenüber dem Entwurf nicht abgeänderte Vertrag Bedenken hinsichtlich eines von den Steuerbehörden vorzunehmenden Drittvergleiches unterliegt, insbesondere was die Miethöhe und die Nebenkostenregelung betrifft.**

Der Kläger hat jedoch nicht bewiesen, daß der Beklagte dieser Pflicht nicht nachgekommen ist. Der Beklagte, der auf Antrag des Klägers auch insoweit als Partei vernommen worden ist, hat nämlich bekundet, daß er am 20.4.1994 nach Erhalt des Telefaxes mit dem Kläger telefoniert und ihn auf seine Bedenken bezüglich der Miethöhe und der Nebenkostenregelung hingewiesen habe. Der Kläger habe ihm daraufhin erklärt, daß alles so bleiben solle. Weiteren Beweis hat der Kläger nicht angetreten. **Die Beweislast für die Pflichtverletzung trägt auch insoweit der Kläger.**

Eine etwaige Pflichtverletzung wäre im übrigen aber auch **nicht kausal** für den eingetretenen Schaden aus 1993 gewesen, **da der Kläger und seine Eltern zu diesem Zeitpunkt den Mietvertrag schon in der beanstandeten Form vollzogen hatten.**

II.

Der Kläger hat gegen den Beklagten auch keinen Anspruch auf Ersatz der von ihm für das Verfahren vor dem Finanzgericht Münster aufgewandten Gerichtskosten in Höhe von 612,50 DM aus einer positiven Vertragsverletzung.

Insoweit fehlt es schon an einer Pflichtverletzung. Der Rat des Beklagten, gegen die Entscheidung des Finanzamts B. vom 1.9.1994, mit der das Finanzamt den Einspruch des Klägers gegen den Steuerbescheid vom 28.7.1994 als unbegründet zurückgewiesen hatte, weil das Mietverhältnis des Klägers mit seinen Eltern gemäß § 42 AO der Besteuerung nicht zugrundegelegt werden kann, Klage zu erheben, war nicht fehlerhaft. Das Mietverhältnis des Klägers mit seinen Eltern stellte nämlich entgegen der Auffassung des Finanzamts Bünde keinen Mißbrauch rechtlicher Gestaltungsmöglichkeiten i.S.d. § 42 AO dar (*vgl. BFH, BStBl II 1996, 158, 159*), was der Beklagte richtig erkannt hatte.

Ob der Beklagte hätte erkennen können, daß das Finanzgericht die Klage aus anderen Gründen zurückweisen würde, und ob er den Kläger hierüber hätte belehren müssen, kann dahinstehen. Denn in der Nichtanwendung des § 42 AO durch das Finanzgericht lag bereits ein Vorteil für den Kläger, der die Durchführung des finanzgerichtlichen Verfahrens rechtfertigt.

Zwar hat die Entscheidung des Finanzamtes, daß sich ein steuerrechtlicher Vorgang als Gestaltungsmißbrauch i.S.d. § 42 AO darstellt, keine präjudizielle Wirkung. Zumindest kommt einer solchen Entscheidung jedoch für die Zukunft eine indizielle Bedeutung zu.

Parteiverrat, § 356 StGB

- des Rechtsanwalts
- im Beitreibungsverfahren
- (OLG Karlsruhe, Beschl. v. 11.4.1997
- 2 Ss 259/96, wistra 1997, 315)

Leitsatz:

Der mit der Beitreibung einer Forderung beauftragte Rechtsanwalt handelt nicht pflichtwidrig, wenn er vor Erledigung des Erstauftrages vom Schuldner das Mandat übernimmt, ein Moratorium mit allen Gläubigern herbeizuführen, sofern die vorrangige und vollständige Befriedigung des Erstmandanten vereinbart ist.

Aus den Gründen:

I.

Das Amtsgericht M. verurteilte am 25.1.1996 den Angeklagten wegen Parteiverrats zu einer Freiheitsstrafe von drei Monaten und bildete mit der Geldstrafe von 250 Tagessätzen zu 100 DM aus dem Strafbefehl desselben Gerichts vom 25.8.1994 eine Gesamtfreiheitsstrafe von sechs Monaten, deren Vollstreckung zur Bewährung ausgesetzt wurde. Auf die – auf den Rechtsfolgenausspruch beschränkte – Berufung der Staatsanwaltschaft verhängte das Landgericht Freiburg durch Urteil vom 19.6.1996 unter Verwerfung der Berufung des Angeklagten und der weitergehenden Berufung der Staatsanwaltschaft eine Gesamtfreiheitsstrafe von sechs Monaten, deren Vollstreckung es ebenfalls zur Bewährung aussetzte.

II.

Der Angeklagte ist seit 1981 als Rechtsanwalt tätig. Nach den getroffenen Feststellungen wurde er im März 1993 von dem Geschäftsführer der Autohaus Z.-GmbH beauftragt, eine sich aus mehreren Einzelrechnungen zusammensetzende Forderung von 13.361 DM gegen die Spedition M. und R.-OHG einzuziehen. Hierüber wurde die Schuldnerin unterrichtet und gleichzeitig zur Zahlung aufgefordert, wobei auf die Möglichkeit einer Ratenzahlung hingewiesen wurde. Durch Teilzahlungen ohne Zutun des Angeklagten sowie durch zwei neue Rechnungen belief sich die Forderung der Z.-GmbH Anfang Juni 1993 auf noch 11.054 DM.

Der Angeklagte nahm zunächst telefonischen Kontakt zu der Schuldnerin auf und führte Anfang Juni 1993 ein persönliches Gespräch mit dem Geschäftsführer M. Da dem Angeklagten aufgrund seines Auftrages bekannt war, daß die Geschäftslage der Speditionsfirma äußerst schlecht war und der Konkurs drohte, sollte dieses Gespräch auch der Klärung dienen, ob die Forderung der Z.-GmbH noch vor Eintritt der Konkursreife der OHG beglichen werden könnte. Der Zeuge M. legte dem Angeklagten die ungünstige Geschäftslage der OHG dar, die keineswegs mehr die Zahlung aller Schulden (auch gegenüber anderen Gläubigern), sondern nur noch die Abdeckung kleinerer Verbindlichkeiten erlaubte. Die vollständige und vorrangige Begleichung der Forderung der Z.-GmbH sagte der Zeuge M. jedoch ausdrücklich zu.

In diesem Gespräch nahm der Angeklagte schließlich auch das Angebot des Zeugen M. an, die bevorstehende Liquidation der OHG zu übernehmen. Er sollte mit den Gläubigern – ausgenommen die vorrangig zu befriedigende Z.-GmbH – ein Moratorium vereinbaren und sie gegebenenfalls zu einem Teilverzicht bewegen.

Der Angeklagte übernahm sämtliche für die Erledigung dieses Auftrages notwendigen Unterlagen und bekam zwischen dem 14.6. und 2.8.1993 in sieben Einzelzahlungen einen Gesamtbetrag von 24.000 DM ausgehändigt, mit dem die Schulden auftragsgemäß beglichen werden sollten. Dieses Geld verbrauchte der Angeklagte in der Folgezeit für eigene Zwecke und wurde wegen dieser Untreue durch den genannten rechtskräftigen Strafbefehl des Amtsgerichts M. vom 25.8.1994 verurteilt

III.

Die auf die Sachrüge gestützte Revision des Angeklagten hat Erfolg und führt zu seinem Freispruch. Die getroffenen Feststellungen tragen nicht die Verurteilung des Angeklagten wegen Parteiverrats, weil dieser nicht pflichtwidrig gehandelt hat.

1. Zwar besteht kein Zweifel daran, daß die Übernahme des zweiten Mandats Anfang Juni 1993 dazu führte, daß der Angeklagte als Rechtsanwalt „beiden Parteien in derselben Rechtssache diene“. Die Sachidentität folgt daraus, daß sich die Forderung auf Zahlung und die Verpflichtung zu deren Erfüllung als ein und derselbe Sachverhalt gegenüberstanden und daß an dieser Rechtssache die beiden Parteien mit möglicherweise entgegengesetzten rechtlichen Interessen beteiligt waren (BGHSt 5, 284, 285; 5, 301, 304; 18, 192; 34, 190, 191; aus der Lit. vgl. nur Dreher/Tröndle, StGB 47. Aufl., Rdn. 5; enger [im Hinblick auf die widerstreitenden rechtlichen Interessen] LK-Hübner, StGB 10. Aufl., Rdn. 54; jeweils zu § 356 und m.w.N.).

Daß der Angeklagte im Zusammenhang mit der zweiten Mandatsübernahme neben der die Z.-GmbH betreffenden Rechtssache auch weitere Interessen der OHG wahrnehmen sollte, die sich auf ihre Rechtsbeziehungen zu anderen Gläubigern bezogen, ändert an der Identität der hier in Rede stehenden Rechtssache nichts (vgl. nur Hübner, a.a.O., Rdn. 124 m.w.N.). Mit der Annahme des zweiten Mandats und der Übernahme sämtlicher für die Auftrags erledigung erforderlichen Unterlagen der OHG hat der Angeklagte in dieser Rechtssache den beiden Parteien gleichzeitig gedient, da seine zweite Tätigkeit das Interesse der OHG fördern sollte (BGHSt 5, 301, 305; Hübner, a.a.O., Rdn. 34, 152).

2. Nach Auffassung des Landgerichts liegt das den Interessengegensatz zwischen den Parteien voraussetzende Tatbestandsmerkmal der Pflichtwidrigkeit des Handelns des Angeklagten darin, daß das Interesse der Z.-GmbH, ihre Forderung im Hinblick auf die drohende Zahlungsunfähigkeit des Geschäftspartners umgehend zu realisieren, und das Interesse der OHG, einen Gesamtausgleich aller Gläubigeransprüche im Wege der Stundung oder gar durch einen Vergleich herbeizuführen, in einem eindeutigen Gegensatz standen.

Dies ist zwar vom allgemeinen Ansatz her richtig. Das Landgericht hat aber hierbei übersehen,

daß der Interessengegensatz nicht abstrakt und von der objektiven Interessenlage der Partei her, sondern in der Weise zu bestimmen ist, daß auf der Grundlage der konkreten Fallgestaltung entscheidend ist, welches Ziel die Partei verfolgt haben will und welchen Inhalt der dem Rechtsanwalt erteilte Auftrag hat (BGHSt 5, 301, 307 f; 7, 17, 20; 9, 341, 347; 15, 332, 334; 18, 192, 198; 34, 190, 192; GA 1961, 203 f; NStZ 1982, 331, 332 [Hinweis]).

Ob der Interessengegensatz vorliegt, ergibt sich aus dem Auftrag, den der Rechtsanwalt erhalten hat; denn dieser Auftrag bestimmt den Umfang der Belange, mit deren Wahrnehmung der Auftraggeber den Rechtsanwalt betraut. Jedenfalls bei den hier in Rede stehenden disponiblen Rechtsgütern – anders z.B. in Strafsachen (vgl. dazu nur BGHSt 5, 284, 286; zum Scheidungsverfahren vgl. zuletzt BGH, wistra 1991, 221 f m.w.N.) – wird der Interessenbegriff vom Willen der Parteien gestaltet und richtet sich nach deren subjektiven Zielen.

Hieraus ergibt sich auch das subjektive Verständnis des Interessengegensatzes. Denn ob ein solcher gegeben ist, wird durch einen Vergleich der beiderseitigen subjektiven Parteienanliegen ermittelt (Hübner, a.a.O., Rdn. 80; weiter zum subjektiven Interessengegensatz: Schönte/Schröder/Cramer, StGB 25. Aufl., Rdn. 18; Tröndle, a.a.O., Rdn. 7; Lackner, StGB 21. Aufl., Rdn. 7; SK-Rudolphi, Rdn. 28; jeweils zu § 356 und m.w.N.; Maurach/Schroeder/Maiwald, StrR BT Tlbd. 2 – 7. Aufl., § 77 Rdn. 11; vgl. auch Baumann/Pföhl, JuS 1983, 24, 27; a.A. nur Geppen, Der strafrechtliche Parteiverrat 1961, 98 ff).

Nach den vom Landgericht selbst ausdrücklich getroffenen Feststellungen waren unter Berücksichtigung der dargelegten Rechtsgrundsätze die hier in Rede stehenden Interessen der beiden Parteien nicht konträr, sondern gleichgerichtet. Das Rechtsinteresse der Z.-GmbH bezog sich auf die Bezahlung der ausstehenden Forderung; der Angeklagte sollte bei dem Gespräch mit dem Zeugen M. die Frage abklären, ob die Forderung noch vordem Eintritt der Zahlungsunfähigkeit der gegnerischen Firma beglichen werden konnte.

Der Wille und das Interesse der Schuldnerin ging, was die gemeinsame Rechtssache betraf, dahin, daß die Z.-GmbH – wenn auch unter Hintanstellung der Interessen der anderen Gläubiger – vorrangig und vollständig befriedigt werden sollte. Einen entsprechenden Inhalt

hatte der dem Angeklagten erteilte Auftrag, soweit er die sich auf die Z.-GmbH beziehende Rechtssache betraf.

Die Schuldnerin setzte auch ihr subjektives Interesse und ihren Willen dadurch in die Tat um, daß sie am 14. und 15.6.1993, also kurz nach der Mandatsübernahme, dem Angeklagten die beiden ersten Geldzahlungen von 10.400 DM und 1.500 DM aushändigte, was zur vollständigen Befriedigung der Z.-GmbH ausreichte.

War aber die Schuldnerin erfüllungsbereit und hierzu fähig (vgl. dazu RGSt 71, 231, 241; Hübner, a.a.O., Rdn. 93 m.w.N.), bestand weder im Zeitpunkt der zweiten Mandatsübernahme ein Widerstreit der Interessen noch entwickelte sich ein solcher im Laufe der anschließenden Zeit. Die Ziele, deren Verfolgung die beiden Auftraggeber in der identischen Rechtssache dem Angeklagten anvertraut hatten, waren nicht gegeneinander gerichtet. Vielmehr diente der Angeklagte durch die Übernahme des Mandats und der Empfangnahme der genannten Geldbeträge den gemeinsamen beiderseitigen Interessen.

Daß der Angeklagte mit den ihm übergebenen Beträgen nicht bestimmungsgemäß verfuhr, sondern das Geld in Erfüllung des Tatbestands der Untreue für sich verwendete, ändert nichts daran, daß der Strafschutz des § 356 StGB nicht über den Umfang der anwaltlichen Treuepflicht hinaus ausgedehnt werden kann, die sich aus dem Auftragsinhalt und dem Willen der Auftraggeber ergibt (BGHSt 5, 301, 307).

Schließlich trägt auch der Hinweis des Landgerichts auf das angeblich weiterhin bestehende Risiko der Z.-GmbH einer verspäteten oder nur teilweisen Bezahlung ihrer Forderung nicht, da der eindeutige Wille des Zeugen M. sowie dessen Realisierung durch die Übergabe eines ausreichenden Geldbetrages an den Angeklagten einen Interessengegensatz ausschließen. Auch insoweit setzt sich das Landgericht mit der von ihm getroffenen Feststellung in Widerspruch.

Das Urteil des Landgerichts ist deshalb aufzuheben. Dies führt gleichzeitig zur Aufhebung des Urteils des Amtsgerichts M. vom 25.1.1996. Nach dem Inhalt des angefochtenen Urteils ist es ausgeschlossen, daß weitere, einen Schuldspruch nach § 356 StGB tragende Feststellungen getroffen werden können. Der Senat spricht deshalb den Angeklagten frei (§ 354 Abs. 1 StPO).

Veräußerung einer Steuerberaterpraxis

- Bemessung des Jahresumsatzes
 - Halbfertige Arbeiten
 - Geschäftsanteil der DATEV
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 24.4.1997 - 13 U 65/96)

Leitsatz:

Richtet sich das Entgelt für die Veräußerung einer Steuerberaterpraxis nach der Höhe des Jahresumsatzes, so bleiben bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage solche Umsätze außer Betracht, die auf besondere persönliche Bindungen zurückzuführen sind (hier: Zusammenarbeit zwischen einem Steuerberater und einem Buchführungshelfer, die miteinander verschwägert sind).

Aus den Gründen:

I.

Am 15.3.1991 veräußerte der Kläger seine Steuerberatungspraxis an die gegenwärtigen Geschäftsführer der Beklagten. Der neu gegründeten Steuerberatungsgesellschaft stand der Kläger gemäß § 10 des Kaufvertrages bis zum 31.12.1992 als Geschäftsführer ohne besonderen Aufgabenbereich zur Verfügung. Über die Höhe des Kaufpreises für die Übertragung der Steuerberatungspraxis trafen die Parteien in § 6 des Vertrages folgenden Vereinbarung:

„Das Entgelt für den Praxiswert beträgt 140 % des Nettoumsatzes ausschließlich Mehrwertsteuer, der nach beigefügter Honorarliste, was den Mandantenbestand anbetrifft, vorläufig errechnet worden ist (Bemessungsgrundlage). Diese Berechnung ist Bestandteil des Vertrages und wurde von beiden Parteien anerkannt. Verkäufer übernimmt keinerlei Gewährleistung für Umsatz und Ertrag der übergebenden Praxis. Zu dem mit 140 % berechneten Praxiswert wird die gesetzliche USt. hinzugerechnet. Der Kaufpreis für die gesamte Praxiseinrichtung gem. Anlage, beträgt 15.000 DM zuzüglich der gesetzlichen USt.“

Mit der Begründung, die Beklagte sei ihrer auf dem Vertrag vom 15.3.1991 beruhenden Zahlungsverpflichtung nicht in vollem Umfang nachgekommen, hat der Kläger erstinstanzlich die Zahlung eines Restbetrages von 37.622,13 DM begehrt.

Das Landgericht hat dem Kläger einen Betrag von 2.224,05 DM nebst Zinsen zugesprochen und die weitergehende Klage abgewiesen: Nach Auswertung der Abrechnungsunterlagen sei von einer Restforderung des Klägers von 6.048,05 DM (Honorar B. 669 DM; Honorar K. 4.748 DM; DATEV-Rückvergütung 831,05 DM) auszugehen. Nach Verrechnung mit einer unstreitigen Gegenforderung der Beklagten verbleibe ein Restbetrag von 2.224,05 DM.

II.

Die dagegen gerichtete Berufung des Klägers bleibt ohne Erfolg. Über den vom Landgericht zuerkannten Betrag hinaus stehen dem Kläger keine weiteren Ansprüche gegen die Beklagte zu. Das Vorbringen des Klägers rechtfertigt nicht den Antrag, die Beklagte zur Zahlung von 17.526,80 DM (1.), 2.701,98 DM (2.) sowie 17.964,55 DM (3.) zu verurteilen.

1. Ein Anspruch auf Zahlung eines Restkaufpreises von 17.526,80 DM besteht nicht.

Allerdings scheitert die Klage nicht bereits an der von der Beklagten geltend gemachten Nichtigkeit des Kaufvertrages. Im Rahmen ihrer Berufungserwiderung vertritt die Beklagte unter Hinweis auf eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs (*NJW* 1996, 2087) die Ansicht, Ansprüche des Klägers bestünden mit Rücksicht auf § 134 BGB nicht, weil der Vertrag vom 15.3.1991 wegen der dort enthaltenen uneingeschränkten Verpflichtung zur Aktenübergabe nichtig sei. In dem vom Bundesgerichtshof entschiedenen Fall hatte die Witwe eines Steuerberaters dessen Praxis veräußert. Nach Auffassung des Bundesgerichtshofs hat eine derartige wirksame Vereinbarung zur Voraussetzung, daß die Verpflichtung zur Aktenübergabe auf zustimmende Mandanten beschränkt ist.

Gleichwohl wertet der Senat den von den Parteien am 15.3.1991 geschlossenen Praxisübertragungsvertrag nicht als nichtig. Zutreffend verweist der Kläger in diesem Zusammenhang auf § 18 des Vertrages, wonach der Vertrag auch bei einzelnen nichtigen Bestimmungen fortgelten und – anstelle der nichtigen Klauseln – durch rechtswirksame Bestimmungen ergänzt oder ersetzt werden soll. In diesem Fall hätten die Parteien die Übergabe der Akten auf die damit einverständenen Mandanten beschränkt.

Der Streit der Parteien beschränkt sich auf die Höhe der Bemessungsgrundlage für die

Kaufpreisermittlung. Ausgangspunkt ist der Bruttojahresumsatz von 519.184 DM für das Jahr 1991, dessen Richtigkeit auch von der Beklagten nicht angegriffen wird. Die Beklagte will jedoch die Beträge für die Tätigkeit des Buchführungshelfers K. (14.000 DM) und das Honorar des Mandanten B. (16.688,59 DM) ausgeklammert wissen. Dieses Verlangen ist nur insoweit berechtigt, als die Beklagte sich gegen die Berücksichtigung der durch den Buchführungshelfer K. ausgelösten Umsätze wendet.

Wie der Kläger selbst vorträgt, war der **Buchführungshelfer H.K.** selbständig tätig und erstellte für seine Mandanten neben der Erledigung der Buchführungstätigkeit auch die Jahresabschlüsse, die er dann vom Kläger abzeichnen ließ. Die Steuerberaterkammer D. hat in ihrer Stellungnahme vom 24.11.1993 diese **Handhabung als eine berufswidrige Konstruktion gewertet und in der Tätigkeit des Buchführungshelfers K. kein typisches Mandat gesehen.**

Die durch die Tätigkeit des Buchführungshelfers K. ausgelösten Umsätze sind bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage für die Bestimmung des Kaufpreises nicht zu berücksichtigen. Abgesehen von den von der Steuerberaterkammer aufgezeigten Bedenken beruhen diese Umsätze auf der besonderen persönlichen Bindung zwischen dem Kläger und seinem Schwager H.K. Diese Annahme wird durch die nachfolgende Entwicklung bestätigt. Die geschäftliche Verbindung zwischen der Beklagten und H.K. wurde **aus persönlichen Gründen beendet.**

Die für die Bemessungsgrundlage maßgeblichen Umsätze sind jedoch nicht um die von dem früheren Mandanten B., der eine Zusammenarbeit mit der Beklagten nicht wünschte, gezahlten Honorare zu kürzen. Der Kläger hatte keine rechtliche Möglichkeit, seine Mandanten zu verpflichten, ihre steuerlichen Angelegenheiten künftig durch die Praxiserwerber erledigen zu lassen. Daß der Kläger im Fall des Mandanten B. sich nicht um die Überleitung des Mandats gekümmert haben soll, kann dem Sachvortrag der Beklagten nicht entnommen werden.

Das **Rundschreiben des Klägers**, durch das die Mandanten über die Gründung der Steuerberatungsgesellschaft unterrichtet wurden, enthielt die für die Mandanten erforderlichen Informationen, die für eine Fortsetzung der Geschäfts-

verbindung mit der Steuerberatungsgesellschaft erforderlich waren. **Selbst wenn der Mandant B. dieses Schreiben nicht erhalten hat, läßt sich daraus kein Vorwurf gegen den Kläger herleiten.** Im übrigen deutet das von der Beklagten überreichte Schreiben des Mandanten B. vom 4.7.1992 eher darauf hin, daß dieser Mandant sich mit dem Wechsel der Person seines Steuerberaters nicht hat abfinden wollen. Dies hat der Kläger nicht zu vertreten.

Der Bruttokaufpreis für die Veräußerung der Steuerberatungspraxis ist in Anlehnung an die Berechnung der Parteien wie folgt zu bestimmen (. . .)

3. Sonstige Forderungen (17.964,55 DM)

a) Die Beträge für **DATEV-Jahresrückvergütung** (831,05 DM) und Honorar für Umsatzsteuer-Voranmeldungen (800 DM) werden von der Beklagten anerkannt.

b) Für die **Übernahme des Geschäftsanteils DATEV** stehen dem Kläger keine weiteren 1.500 DM zu. Die Beklagte tritt dieser Forderung mit dem Hinweis entgegen, daß der Betrag von 1.500 DM **in dem Kaufpreis enthalten** sei. Dieser Auffassung ist zuzustimmen. Bei dem genannten Betrag handelte es sich offensichtlich um Aufwendungen, die erforderlich waren, um die Praxis des Klägers an die DATEV-Rechenanlage anzuschließen. Die dadurch begründete Nutzungsmöglichkeit wurde zusammen mit der Praxis an die Beklagte veräußert. **Gegenstand des Vertrages war der Erwerb der gesamten Praxis mit Mandantenbeziehungen, Inventar und Büromaterial** (§ 1 des Vertrages). Der Vertrag enthält keine Vorbehalte bezüglich bestimmter Vermögensgegenstände.

c) Über den vom Landgericht zuerkannten Betrag hinaus steht dem Kläger auch keine Vergütung für die im Monat Dezember 1991 erstellten sogenannten **halbfertigen Arbeiten** in der geltend gemachten Höhe von 11.287,50 DM zu. Die Beklagte bestreitet eine derartige Verpflichtung nach Grund und Höhe.

Zur Begründung seines Anspruchs bezieht sich der Kläger auf § 3 des Vertrages. Diese Regelung betrifft jedoch individuell bestimmbare Mandantenbeziehungen mit der Möglichkeit, Einzelabrechnungen zu erteilen. Hiernach ist der Kläger jedoch nicht berechtigt, auf der Grundlage der Honorareinnahmen im Monat November 1991 (22.575 DM) für den nachfolgenden

Monat Dezember 1991 die Hälfte des genannten Betrages zu verlangen. Der geltend gemachte Anspruch scheitert letztlich auch daran, daß der Kläger keinen Beweis dafür anbietet, in welchem Umfang er die Arbeiten im Dezember 1991 noch erledigt hat.

d) Die vom Kläger in Höhe von 7.370 DM erhobene **Schadenersatzforderung** ist nicht begründet. Der Kläger beruft sich auf die Nichterfüllung der Arbeitsverpflichtung der Geschäftsführer der Beklagten gemäß § 14 des Vertrages und behauptet, die Mitarbeit mehrfach angemahnt zu haben. Gemäß § 14 des Kaufvertrages hatten die Geschäftsführer der Beklagten die Verpflichtung übernommen, in der Praxis des Klägers in freiberuflicher Mitarbeit bei der Bewältigung der anstehenden Abschlußarbeiten nach Bedarf zur Verfügung zu stehen. Sie sollten wenigstens je einen vollen Arbeitstag wöchentlich im Büro des Klägers Abschlußarbeiten vollziehen.

Abgesehen davon, daß aus einer derartigen Regelung keine Verpflichtung zu einer Anwesenheit der Geschäftsführer zu bestimmten Zeiten hergeleitet werden kann, **legt der Kläger im einzelnen nicht dar, in welchem konkreten Umfang die Geschäftsführer der Beklagten ihre Arbeitspflicht verletzt haben und daß anderenfalls eine rechtzeitige Erledigung der im einzelnen aufgelisteten Jahresabschlüsse möglich gewesen wäre.**

GI Aktuell

OFD-Checkliste: Haftung des Konkursverwalters für Umsatzsteuern bei der Verwertung von Gegenständen aus der Konkursmasse

1. Verwertung der an Dritte sicherungsübergebenen Gegenstände

Eine Haftungsinanspruchnahme des Konkursverwalters nach § 69 AO kommt nicht in Betracht, wenn die Konkursmasse nicht zur Steuerzahlung ausreicht, weil der Konkursverwalter aus zivilrechtlichen Gründen (siehe auch § 127 KO) den Erlös einschließlich der Umsatzsteuer an den Sicherungsnehmer abführen muß. Bei der Verwertung von Sicherungsgut ist der Konkursverwalter grundsätzlich an die Sicherungsabreden zwischen Sicherungsnehmer und Sicherungsgeber gebunden. Besteht insoweit kein Gestaltungsspielraum, kommt eine vorsätzlich oder grob fahrlässige

Pflichtverletzung i.S.d. § 69 AO nur insoweit in Betracht, als dem Konkursverwalter weitere liquide Mittel zur Verfügung gestanden haben, mit denen die Umsatzsteuer hätte getilgt werden können. Ab Eintritt der Massearmut hat er die Rangfolge des § 60 KO zu beachten (*Auszug aus dem Schreiben des BMF vom 18.7.1991, IV A 5 - S 0190 - 9/91 an die Spitzenverbände der Kreditwirtschaft; vgl. auch BFH -, Urt. v. 18.7.1995 - VII R 53/95, BFH/NV 1996, S. 552*).

2. Verwertung von Sachen, die mit rechtsgeschäftlichen Pfandrechten belastet sind

Die Verwertungsbefugnis obliegt dem Konkursverwalter nach § 127 KO. Die haftungsrechtliche Beurteilung richtet sich nach Tz. 1.

3. Verwertung von Grundstücken, die mit Grundpfandrechten belastet sind

3.1. Verwertet der Konkursverwalter in solchen Fällen Grundstücke kraft eigener Befugnis und hat er bei der Veräußerung eines Grundstücks zur Umsatzsteuer optiert, hat er durch geeignete Maßnahmen - z. B. entsprechende Vereinbarung mit dem Sicherungsnehmer (*BGH, Urt. v. 7.5.1987 - IX ZR 198/85, UR 1987, S. 296; BFH, Urt. v. 5.2.1985, VII R 124/80, BFH/NV 1987, S. 2*), sicherzustellen, daß die Mehrwertsteuer zur Konkursmasse fließt. Hierbei sind an den Konkursverwalter als sachkundigen Vertreter bei der Beurteilung einer Pflichtverletzung i.S.d. § 69 AO entsprechende Anforderungen zu stellen.

3.2. Läßt ein absonderungsberechtigter Grundschuldgläubiger (§ 47 KO) ein zur Konkursmasse gehörendes Grundstück versteigern, liegt ein umsatzsteuerbarer Vorgang vor, der, soweit er nicht unter die Befreiung des § 4 Nr. 9a UStG fällt (= hinsichtlich der Lieferung von Maschinen und Einrichtungsgegenständen als Zubehör), auch steuerpflichtig ist. Umsatzsteuer fällt für die Konkursmasse an, weil Massegegenstände, die der Verwaltung des Konkursverwalters unterliegen, verwertet werden. Bei der Umsatzsteuer handelt es sich um Massekosten i.S.d. § 58 Nr. 2 KO. Solche Kosten sind nicht nur Ausgaben, die durch die Amtstätigkeit des Konkursverwalters ausgelöst werden, sondern auch die Umsatzsteuer, die dadurch entsteht, daß ein absonderungsberechtigter Grundstücksgläubiger ein zur Konkursmasse gehörendes Grundstück zwangsversteigern läßt (*BFH, Urt. v. 24.6.1992 - V R 130/89, BFH/NV 1993, S. 201*). Ob der Konkursverwalter bei einer Nichtentrichtung der Um-

satzsteuer nach § 69 AO haftet, richtet sich nach Tz. 1 (Vorhandensein ausreichender Mittel zur Konkursmasse).

3.3. Bei einem Mißbrauchstatbestand (§ 42 AO) - z. B. wenn dem Erwerber auf seine Veranlassung hin durch einen insolventen Schuldner unter Verzicht auf die Steuerbefreiung nach § 4 Nr. 9a UStG der Vorsteuerabzug verschafft worden ist und der Veräußerer das zusätzliche Entgelt in Gestalt der in Rechnung gestellten Umsatzsteuer infolge Aufrechnung des Erwerbers mit dessen eigenen Forderungen nicht erhält - dürfen sich in der Regel keine Auswirkungen für den Haftungstatbestand des § 69 AO ergeben. Die Rechtsfolge des § 42 AO ist für Veräußerer und Erwerber getrennt zu beurteilen (*BFH, Urt. v. 6.6.1991 - V R 70/89, BStBl 1991 II, S. 866 = SIS 91, 19, 28*). Hierbei ist zu beachten, daß der Veräußerer (= Konkursmasse) die Steuer aufgrund der erteilten Rechnung auch nach § 14 Abs. 2 UStG schuldet.

(*OFD Hannover v. 31.7.1997 - S 0190 - 6-StO 321/b 0190 - 68-StH 551*)

GI Hinweis

Der Verlag Dr. Otto Schmidt KG bringt in bereits zweiter Auflage das Handbuch von SCHAUMBURG, Internationales Steuerrecht, zur Veröffentlichung. Das Buch enthält eine systematische Darstellung des gesamten Internationalen Steuerrechts, wobei insbesondere die normübergreifenden Zusammenhänge der Rechtsvorschriften und auch die verfassungsrechtlichen, europarechtlichen und völkerrechtlichen Bezüge hergestellt werden.

In die Neuauflage sind die durch das Standort-sicherungsgesetz ab 1994 eingeführten Regelungen zur Gesellschafter-Fremdfinanzierung und zur Freistellung von Gewinnen aus der Veräußerung von Anteilen an ausländischen Kapitalgesellschaften eingefügt. Weiter sind die durch das Jahressteuergesetz 1996 neu geregelten Vorschriften zur fingierten unbeschränkten Steuerpflicht erörtert worden. Das Buch wendet sich an Unternehmen mit grenzüberschreitenden Geschäftsbeziehungen und deren Berater. Beiden ist es sehr zu empfehlen.

(Außensteuerrecht, Doppelbesteuerungsrecht, Prof. Dr. Harald Schaumburg, zweite völlig überarbeitete und erweiterte Auflage 1998, Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 1428 Seiten, DM 278,-, ISBN 3-504-26021-1)

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

Heft 1-4

Abschlußprüfung

- Bestandsaufnahme, Anwesenheitspflicht? 98, 72
- Bilanzmanipulation 98, 72
- Dritthaftung 98, 20
- Steuerberatung, Mitwirkungsverbot 98, 40

Auskunftsvertrag

- Vorsteuererstattung 98, 34
- Schaden = Vermögensdisposition 98, 34

Auslegung

- Vertragswortlaut 98, 63

Belehrungspflicht des RA

- Beurkundung, notarielle 98, 58
- Gefahren, wirtschaftliche 98, 63

Belehrungspflicht des StB/WP

- Auftragsinhalt = Beratung, betriebswirtschaftliche 98, 69
- Bankgespräch, Hinzuziehung zu Belehrungspflicht 98, 9
- >, ungefragte Dauermandat, Gestaltungsmöglichkeiten 98, 31
- Grundstückshandel, gewerblicher 98, 9
- Mietvertrag 98, 95
- Rechtsberatung 98, 95
- Verlustrechnung 98, 31
- Wirtschaftsberatung 98, 69

Beratung

- Umfang 98, 9

Berufshaftpflichtversicherung

- Rechtsanwalt = Kanzlei in Italien 98, 29

Berufungsbegründungsfrist

- Verlängerung, mündlich 98, 93
- Wiedereinsetzung 98, 3

Beweislast

- Aufklärung/Belehrung, unterlassene = Anscheinsbeweis 98, 36
- Erfüllung, Buchführungsvertrag 98, 67
- Schaden = Auskunft, fehlerhafte 98, 34
- Zugang bei Gericht 98, 61

Bilanzerstellung

- Buchfeldfond des Mandanten 98, 72

Buchführungsauftrag

- Erfüllung des > 98, 67

Dritthaftung

- Prüfungsauftrag 98, 72
- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter = Prüfungsauftrag 98, 8

Freie Mitarbeiter

- Honoraranspruch 98, 16
- Wettbewerbsverbot 98, 16

Fristenkontrolle

- Ausgangskontrolle = Postausgangsfach 98, 22
- Ausnutzung der Frist 98, 43
- Aktenvorlage 98, 45
- Bote = Weisung 98, 19
- Eingangsstempel 98, 61
- Fristenkontrollbuch = Friststreichung 98, 20, 22
- Fristenüberwachung durch RA = > bei Vorfristablauf 98, 43
- Fristversäumnis, unverschuldetes = Falschadressierung 98, 77
- = Postlaufzeit, DB-Fahrplanwechsel 98, 24
- Organisationsanweisung = Darlegung, schlüssige 98, 25
- Vorfrist 98, 43
- Weisung an Bürokraft = Eindeutigkeit 98, 19

Geschäftsgrundlage

- Vergleich, Rechtsirrtum 98, 36

GI Aktuell

- Arbeitgeberhaftung, Lohnsteuer 98, 23
- Arbeitsmittel 98, 54
- Arbeitszimmer = Höchstbetrag 98, 54
- Bewirtungskosten, Journalisten 98, 82
- Bilanzveröffentlichung 98, 24
- Doppelte Haushaltsführung 98, 81
- Gemeinnützigkeit, Förderverein Motorsport 98, 28
- Gemeinnützigkeit, Konkurrentenklage 98, 28
- Kosten künstlicher Befruchtung 98, 2
- Patentgebühren, Rechtsberatung? 98, 80
- Trinkgelder, Lohnsteuer 98, 23
- Verfassungsbeschwerde, Mißbrauchsgebühr 98, 54
- Vermietung, Liebhaberei 98, 2
- Zwei-Konten-Modell 98, 28

Grundstückshandel

- Mehrfamilienhaus, Privatvermögen 98, 9

Honoraranspruch des RA

- Gebührenvereinbarung 98, 55
- Herabsetzung des >, § 3 Abs. 3 BRAGO 98, 55
- Sittenwidrigkeit 98, 55

Honoraranspruch des StB

- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV
= Bestimmungsrecht, Festlegung 98, 46
- Freie Mitarbeiter 98, 16
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV
= Änderung, nachträgliche 98, 46
= >, niedrige 98, 46

Inventur

- Anwesenheit des Abschlußprüfers 98, 72

Investitionszulage

- Auftrag zur Beantragung der > 98, 77
- Unterschrift 98, 77

Kausalität

- > zwischen Pflichtwidrigkeit und Schaden
= Verhalten, beratungskonformes 98, 63
- Schutzzweck
= Auskunftsfehler 98, 34

Konkursverwalter

- Haftung
= Umsatzsteuer, Checkliste 98, 101

Mitverschulden

- Erfüllungsgelhilfe des Mandanten 98, 36

Parteiverrat, § 356 StGB

- Mandat, neues 98, 97

Praxisveräußerung

- Jahresumsatz
= DATEV-Anteil 98, 99

Rechtsanwalt

- Berufsbezeichnung
= Versicherungsberater 98, 24
- Kanzleisitz Italien 98, 29
- Tätigkeitsschwerpunkt
= Forderungseinzug 98, 25
- Zugewinnausgleich, Abfindung 98, 36

Rechtsberatung/Rechtsbesorgung

- Mietvertrag 98, 95
- Mitarbeiter-Beteiligungsmo-
dell 98, 69
- Rechtsberatungsgesetz
= Schutzgesetz, § 823 Abs. 2 BGB 98, 69
- Vertragserstellung
= Wirtschaftsberatung 98, 69
- Wiederholungsabsicht 98, 69

Schaden

- Anspruch gegen Dritte 98, 36
- Auskunft, fehlerhafte 98, 34
- Eigentumswohnungen,
Aufteilung in > 98, 9
- Gewinn, entgangener 98, 63
- Zinsschaden, Steuererklärungsfrist 98, 12

Selbstanzeige

- OwiG-Verfahren 98, 77

StB-GmbH

- Haftung für Geschäftsführerhandeln,
§ 31 BGB 98, 48

Steuerberatungsvertrag

- Bankgespräch 98, 9
- Inhalt des >
= Beratung, betriebswirtschaftliche 98, 69

Steuerfahndung

- Beschlagnahmefugnis
= nach Verfolgungsverjährung 98, 77

Steuergestaltungsberatung

- >, ungefragte 98, 31
- Verlustverrechnung 98, 31

Steuerhaftung

- > des Konkursverwalters
= Umsatzsteuer, Checkliste 98, 102

Testat

- (s. auch Bestätigungsvermerk)
- Bilanzfälschung 98, 72
- Ergänzung des > 98, 72
- Verantwortungsbereich 98, 72

Verfassungsbeschwerde

- Mißbrauchsgebühr 98, 54

Vergleich

- Geschäftsgrundlage, Rechtsirrtum 98, 36

Verjährung, § 51 BRAO

- Verjährungsbeginn
= Prozeßfehler 98, 83

Verjährung, § 68 StBerG, § 51a WPO

- Arglisteinwand 98, 86
- Verjährungsbeginn
= Folgefehler, 98, 83, 86
= Folgeschäden 98, 86
= Klage, aussichtslose 98, 86
= Prozeßfehler 98, 83
= Rechtskraft des Steuerbescheides 98, 86
= zwei Fehler 98, 83

Versicherungsschutz

- Rechtsschutzversicherung
= > für Vorstand 98, 82

Vorteilsausgleichung

- Voraussetzung, Schaden 98, 34

Werbeverbot

- Forderungseinzug 98, 25

Wettbewerbsverbot

- Freie Mitarbeiter 98, 16

Wiedereinsetzung

- Antrag 98, 25
- = Darlegung, schlüssige 98, 6
- = Frist 98, 25
- = Organisationsanweisungen 98, 6
- = Sachvortrag, unvollständiger 98, 82
- = Sachvortrag wg. Faxfehler

- OLG Hamm v. 22.9.1995 - 25 U 2/95 98, 69
- OLG Hamm v. 15.11.1995 - 25 U 157/94 98, 16
- OLG Hamm v. 15.5.1996 - 25 U 54/95 98, 9
- OLG Hamm v. 6.11.1996 - 25 U 47/96 98, 95
- OLG Hamm v. 8.11.1996 - 25 U 188/95 98, 12
- OLG Karlsruhe v. 11.4.1997 - 2 Ss 259/96 98, 97
- = wistra, 97, 315

Zugang

- Beweis des > 98, 61
- Eingangsstempel 98, 61

- LG Frankfurt v. 8.4.1997 - 2/18 O 475/95, 98, 72
- n. rkr.
- = WPK-Mitt. 97, 236

Zugewinnausgleich

- Abfindungsanspruch, arbeitsrechtlicher 98, 36

- LG Köln v. 21.4.1997 - 110 Qs 5/97 98, 77
- = wistra 97, 237

- BVerfG v. 11.7.1997 - 2 BvR 7/92 98, 77
- [2. Kammer] = wistra 97, 297
- BVerfG v. 29.10.1997 - 1 BvR 780/97 98, 81
- BVerfG v. 5.1.1998 - 2 BvR 2198/97 98, 54

- BFH v. 16.10.1996 - II R 3/96 98, 25
- = BFH/NV 97, 359
- BFH v. 21.10.1996 - VI R 4/94 98, 24
- = BFH/NV 97, 330
- BFH v. 12.2.1997 - X B 297/97 98, 82
- = BFH/NV 97, 592
- BFH v. 28.2.1997 - VI R 119/95 98, 77
- = BFH/NV 97, 595
- BFH v. 18.6.1997 - III R 84/96 98, 2
- BFH v. 30.9.1997 - IX R 80/94 98, 2
- BFH v. 24.10.1997 - VI R 23/94 98, 23

- BGH v. 16.10.1996 - II R 56/93 98, 25
- = BFH/NV 95, 38
- BGH v. 21.10.1996 - VI R 4/94 98, 25
- = BFH/NV 97, 330
- BGH v. 14.1.1997 - VI ZB 24/96 98, 45
- BGH v. 13.2.1997 - III ZR 285/95 98, 3
- BGH v. 27.2.1997 - I ZB 50/96 98, 6
- BGH v. 28.2.1997 - VI R 119/95 98, 77
- = BFH/NV 97, 595
- BGH v. 21.4.1997 - II ZR 317/95 98, 40
- = WPK-Mitt. 97, 240
- BGH v. 15.5.1997 - IX ZR 167/96 98, 55
- BGH v. 26.5.1997 - AnwZ (B) 64/96 98, 25
- BGH v. 26.5.1997 - AnwZ (B) 65/96 98, 24
- BGH v. 27.5.1997 - VI ZB 10/97 98, 43
- BGH v. 28.5.1997 - III ZR 277/95 98, 8
- BGH v. 10.7.1997 - IX ZB 57/97 98, 20
- BGH v. 12.8.1997 - VI ZB 22/97 98, 19
- BGH v. 9.9.1997 - IX ZB 80/97 98, 22
- BGH v. 18.9.1997 - IX ZR 49/97 98, 58
- BGH v. 22.10.1997 - VIII ZB 33/97 98, 93
- BGH v. 30.10.1997 - VII ZB 19/97 98, 61
- BGH v. 13.11.1997 - IX ZR 37/97 98, 36
- BGH v. 20.11.1997 - IX ZR 286/96 98, 34
- BGH v. 20.11.1997 - IX ZR 62/97 98, 31
- BGH v. 24.11.1997 - AnwZ (B) 38/97 98, 29
- BGH v. 27.11.1997 - IX ZR 141/96 98, 63
- BGH v. 10.12.1997 - VI ZR 238/97 98, 82
- BGH v. 18.12.1997 - IX ZR 180/96 98, 86
- BGH v. 12.2.1998 - IX ZR 190/97 98, 83

- Sächsisches FG v. 23.2.1995 - 2 K 48/95 98, 77
- = EFG 97, 761; Revision: BFH - III R 58/95

- OFD Hannover v. 31.7.1997 - S 0190 98, 102
- 6-StO 321/b 0190 - 68-StH 551

- OLG Düsseldorf v. 14.4.1994
- 13 U 105/93 98, 48
- OLG Düsseldorf v. 8.2.1996
- 13 U 255/95 98, 46
- OLG Düsseldorf v. 17.4.1997 - 13 U 9/96 98, 67
- OLG Düsseldorf v. 24.4.1997 - 13 U 65/96 98, 99

Dritthaftung • Vermögensaufstellung • StB-Testat • Bankkredit (LG Braunschweig); Gefälligkeit • Telefonauskunft • Honorarfrei Beratung? (OLG Schleswig); Anwaltshaftung • Auslandsvertreter • Ausgleichsanspruch • Frist • Beratungskonformes Verhalten (BGH); Wiedereinsatzantrag • Wirkung auf Berufungsbegründungsfrist? (BGH);

Anerkennung eines Regreßanspruchs durch Weiterleitung an Versicherung! (OLG Düsseldorf); Verjährung der Schadenersatzforderung gg. Steuerberater • Sekundäre Haftung • Mandatsübertragung (OLG Düsseldorf); Steuerberaterhonorar • Steuererklärung • Einnahme-Überschuß-Ermittlung (OLG Düsseldorf)



Die Gesellschafter-Geschäftsführer-Versorgung mit ihren sich ständig ändernden arbeits-, steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Auswirkungen ist sowohl für Mandanten, als auch den Steuerberater selbst ein komplexes Gebiet. Eine spezielle Analyse einer bestehenden Versorgung gibt darüber hinaus praxisnahe Hilfe zur Betreuung der Mandanten.

Das neue GI-Spezial ist ein kompaktes Nachschlagewerk mit einem Praxisleitfaden, Mustertexten, elektronischen Checklisten und Arbeitshilfen.

Weitere Informationen finden Sie in der GI-Beilage dieser Ausgabe. Bestellungen an GI-Service Fax-Hotline (02 21) 1 44-51 55.

IMPRESSUM

GI-Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe
ISSN 1430-550 X

Herausgeber:

Gerling
Unternehmenskommunikation
50597 Köln
Telefon: (02 21) 1 44-72 98
Telefax: (02 21) 1 44-51 27

Redaktion:

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Steuerrecht
(verantwortlich);
Monika Reifferscheid M. A.

Erscheinungsweise:

12 mal im Jahr, jeweils am
10. des Monats

Satz:

Type Connection, Erftstadt

Druck:

Pilgram Druck GmbH, Rösrath

Bezugsmöglichkeiten:

Nur im Jahresabonnement.
Preis: DM 96,- jährlich inklusive
Mehrwertsteuer und Versandkosten.
Die Postgebühren sind jeweils eingeschlossen. Bestellungen nimmt der Herausgeber entgegen.

Nachdruck:

Nur mit vorheriger schriftlicher
Zustimmung.